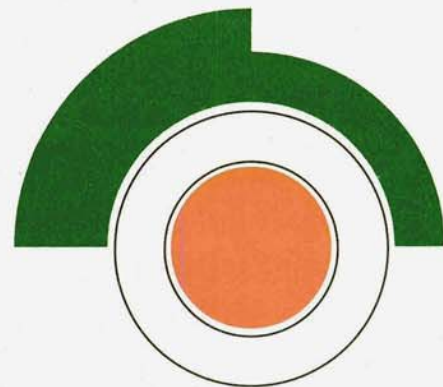


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 11



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 23. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 10. 6. 1992

## WORT UND WIDERWORT

### Wie kann Gewalt gegen Kinder verhindert werden?

Die beste Vorbeugung zum Schutz der Kinder vor Gewalt sei die gesellschaftliche und juristische Ächtung der Gewalt im allgemeinen und der gegen Kinder im besonderen. Es sei Aufgabe der örtlichen Jugendhilfe, darüber zu entscheiden, mit welchen Konzepten und Einrichtungen vor Ort die wirksamste Hilfe geleistet werden könne. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Heinz Hilgers**. Der CDU-Abgeordnete **Antonius Rüsenberg** hält ein Bündel von Maßnahmen für notwendig, um Gewalt gegen Kinder zu verhindern. Er zählt dazu unter anderem Hilfen für Eltern und Familien bei Trennung, Scheidung, Arbeitslosigkeit oder Verschuldung sowie Angebote an Hilfen für Kinder durch Personen, die sie mit ihren Wünschen, Bedürfnissen, Sorgen, Ängsten und Interessen verstehen und annehmen. Die F.D.P.-Abgeordnete **Ruth Witteler-Koch** unterstreicht, wesentliche präventive Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt gegen Kinder seien in erster Linie Liebe, Zuneigung, Zärtlichkeit, verzeihen können, Geduld haben sowie das Bewußtsein, ständiges „anfaßbares“ Vorbild für seine Kinder zu sein. Sie appellierte an die Eltern, im Umgang mit als auch bezogen auf den Zugang zu Medien kritischer zu sein. Die Grünen-Abgeordnete **Beate Scheffler** betont, die Ursache für viele Konflikte zwischen Eltern, der notorische Zeitmangel, der Verlust des Arbeitsplatzes, die tägliche Sorge um das Geld, unzureichende Betreuungsmöglichkeiten, zu kleine Wohnungen, Stadtplanung von Erwachsenen, die keine Kinderinteressen berücksichtigten, könnten Elternschulungen nicht beseitigen. Der Sechs-Stunden-Tag für Eltern könnte eine große Entlastung sein. (Seite 2)

### Landtag trauert um den ehemaligen Bundespräsidenten Carstens diente der Demokratie

Die Bundesrepublik Deutschland trauere um den früheren Bundespräsidenten Professor Karl Carstens. Mit einem Staatsakt in der Bonner Beethovenhalle würdige sie sein politisches Wirken. Das erklärte Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe am 3. Juni vor dem Landtag. Die Abgeordneten erhoben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen.

Karl Carstens habe der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik von 1949 bis 1984 in verschiedenen Ämtern gedient, betonte die Präsidentin in ihrer Traueransprache. Wörtlich fuhr sie fort: „Wilhelm Kaisen, der sozialdemokratische Regierungschef von Bremen, schickte den gebürtigen Bremer Carstens als Bevollmächtigten seines Landes nach Bonn.

Als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, des Verteidigungsministeriums sowie des Bundeskanzleramtes arbeitete der Staats- und Völkerrechtler Carstens für die Regierungen Adenauer, Erhard und Kiesinger. Sein Abschied von Bonn im Jahre 1969 war von kurzer Dauer. Schon 1972 wurde er in den Bundestag, 1973 zum Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion gewählt und somit Oppositionschef gegenüber den sozialliberalen Regierungen Brandt/Scheel und Schmidt/Genscher.

1976 wurde Karl Carstens Bundestagspräsident; 1979 wählte ihn die Bundesversammlung zum Bundespräsidenten. Karl Carstens hat sich in diesen beiden höchsten Staatsämtern durch seine korrekte, objektive und unabhängige Amtsführung den Respekt und die Achtung auch seiner früheren politischen Gegner erworben. (Fortsetzung Seite 4)



„Ungenügend!“

Zeichnung: Bernd Bruns (NRZ)

## Die Woche im Landtag

### Schulpolitik

Kritik an der Schulpolitik und deren Verteidigung kennzeichneten die Auseinandersetzung zwischen Opposition und Regierungslager. (Seiten 3 und 8)

### Landeszentrale

Über die erfolgreiche Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung nach der deutschen Vereinigung hat sich der Hauptauschuß informiert. (Seite 10)

### Qualifizierung

Qualifizierung des Personals und der Hilfsmittel im Rettungswesen hielten Experten bei einer Anhörung des Gesundheitsausschusses für unumgänglich. (Seite 11)

### Grubensicherheit

Zum Erfahrungsaustausch über Sicherheit im Steinkohlenbergbau trafen sich die Mitglieder des Grubenausschusses mit ihren saarländischen Kollegen in Saarbrücken. (Seite 13)

### Prüfungstätigkeit

Von einem Informationsbesuch in Österreich erhofft der Haushaltskontrollausschuß Anregungen zu effektiverer Prüfung des Finanzgebarens der Regierung. (Seite 15)

### Ausgleich

Zentral- und Leitungsstellen der künftigen Deutschen Bahn AG sollen als Ausgleich für verlorene Arbeitsplätze nach Bonn. (Seite 16)

## WORT UND WIDERWORT

# Jugendhilfe muß wirksame Hilfe vor Ort leisten

Von  
Heinz Hilgers

Die beste Vorbeugung zum Schutz der Kinder vor Gewalt ist die gesellschaftliche und juristische Ächtung der Gewalt im allgemeinen und der gegen Kinder im besonderen. Dafür müssen Politik, staatliche Institutionen und die Medien sich mehr als bisher einsetzen. Dies war eines der grundsätzlichen Ergebnisse eines Forums der SPD-Landtagsfraktion über Möglichkeiten zur Bekämpfung der Gewalt gegen Kinder und des sexuellen Mißbrauchs.

Es ist Aufgabe der örtlichen Jugendhilfe, darüber zu entscheiden, mit welchen Konzepten und Einrichtungen vor Ort die wirksame Hilfe geleistet werden kann. Das Land sollte mit seinen Förderungsstrukturen keine der unterschiedlichen Ansätze benachteiligen oder bevorzugen. Der Landtag muß aber insgesamt ausreichend Mittel bereitstellen, um den örtlichen Ju-

### SPD: Der Erfahrungsaustausch muß verbessert werden

gendhilfeträgern bei der Finanzierung ihrer Aufgaben zu helfen. Hier muß bei den nächsten Haushaltsberatungen über Prioritäten diskutiert werden.

Diskutiert werden muß auch die Einbeziehung der Sozialversicherung in die Finanzierung der Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder. Denn die Vermeidung und Behandlung damit verbundener entwicklungspsychologischer Störungen und seelischer Schäden fällt auch in deren Zuständigkeitsbereich und kann nicht auf Dauer von Land und Kommunen allein finanziert werden. In diesem Zusammenhang ist auch ein eigenständiger Anspruch von Kindern auf ärztliche Behandlung zu schaffen.

Land, Kommunen und die verschiedenen Träger, die mit verschiedenen Konzepten das Ziel verfolgen, Kinder vor Gewalt zu schützen, haben in Nordrhein-Westfalen gemeinsam bereits ein Netz von Einrichtungen geschaffen, das weiter ausgebaut werden muß. Dann können Eltern und die Verantwortlichen in Schulen, Kindergärten und Jugendämtern besser informiert und den Kindern kann wirksamer geholfen werden. Neben finanziellen Anstrengungen bedarf es auch der Verbesserung der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustausches zwischen den verschiedenen Institutionen.

Von  
Antonius Rösenberg

Die zunehmende Gewalt gegenüber Kindern zwingt die Gesellschaft zum Handeln. Nach vorliegenden Schätzungen werden in der Bundesrepublik im Jahr rund 300 000 Kinder, und Jugendliche körperlich mißhandelt. Die Opfer stammen aus allen sozialen Schichten. Gewalt gegenüber Kindern, einschließlich der sexuellen Mißhandlung darf in unserem Land kein Tabu-Thema sein.

Ein Bündel von Maßnahmen ist notwendig, um Gewalt gegen Kinder zu verhindern. Ich nenne beispielhaft einige Aspekte:

- Achtung vor der Würde des Kindes, Sicherung seines Rechts auf eine kindgemäße Persönlichkeitsentwicklung;
- ausreichende Förderung der Familie in einer kinderfreundlichen Umwelt, z. B. durch ausreichenden Wohnraum,

### CDU: Kinderfreundliche Umwelt schaffen

in der Schule, durch ein familien- und kinderfreundliches Wohnumfeld;

- Hilfen für Eltern und Familien z. B. bei Trennung, Scheidung, Arbeitslosigkeit, Verschuldung;
- Angebot an Hilfen für Kinder durch Personen, die sie mit ihren Wünschen, Bedürfnissen, Sorgen, Ängsten und Interessen verstehen und annehmen;
- Schaffung und Sicherung eines bedarfsgerechten problemorientierten Beratungsangebots;
- Schaffung eines Bewußtseins in allen gesellschaftlichen Bereichen, daß menschliche Konflikte nicht durch Macht und wie auch immer geartete Gewalt gelöst werden dürfen;
- realistische Erwartungshaltung der Eltern an das individuell unterschiedliche Leistungsvermögen des Kindes;
- ausreichende Information und Aufklärung.

Die Opfer oft brutaler Gewalt von heute sind nicht selten die Täter von morgen und sie rächen sich an der Gesellschaft, die ihnen als Kind Liebe, Verständnis, Schutz, Zuwendung, Ehrlichkeit und Orientierung versagt hat. Dieser Teufelskreis ist zu durchbrechen.

Von  
Ruth Witteler-Koch

Für die Sozialisierung eines Menschen sind nicht bloß — wie häufig angenommen wird — die ersten fünf Lebensjahre prägend; es handelt sich vielmehr um einen lebenslangen Prozeß, ein ständiges Lernen. Nichtsdestotrotz sind insbesondere die individuelle Entwicklung und Erziehung innerhalb von Kindheit und Jugendalter für die Heranbildung der Persönlichkeit von entscheidender Bedeutung. Sozialisationsinstanzen sind vornehmlich die Familie, aber auch Schule bzw. Beruf und der Freizeitbereich. Dort werden Gefühle entfaltet sowie unterschiedliche Verhaltensweisen erlernt und getestet — Zuneigung und Liebe ebenso wie Abneigung und Haß. Die Handhabung der eigenen Persönlichkeit erfolgt dann letztlich durch eigenverantwortliches Handeln, das von Vorgaben anderer und deren Modellverhal-

### F.D.P.: Eltern sind Vorbilder höchsten Grades

ten (aber auch den Medien) abhängig ist. Insofern sind insbesondere die Eltern Vorbilder höchsten Grades, ob sie dies so akzeptieren oder nicht! Leider kommt es aber immer wieder vor, daß Eltern in dieser Rolle überfordert sind und sowohl aktiv als auch passiv gegen das körperliche, geistige bzw. seelische Wohl ihrer Kinder verstoßen. Gewalt gegen Kinder kann danach physischer und/oder psychischer Natur sein. Die möglicherweise einmal „ausgerutschte“ Hand stellt von vornherein keine Gewalt im klassischen Sinne dar. Permanente Gewalt — auch verbale — läuft allerdings Gefahr, sich zum Terror zu entwickeln — und dann werden auch die Täter zu Opfern, wenn sie es nicht schon sind. . . . Wesentliche präventive Maßnahme zur Verhinderung von Gewalt gegen Kinder sind meines Erachtens in erster Linie Liebe, Zuneigung, Zärtlichkeit, Verzeihen können, Geduld haben, sowie das Bewußtsein, ständiges „anfaßbares“ Vorbild für seine Kinder zu sein. Ich halte es für absurd anzunehmen, daß ein Kind, das zu Hause nicht mit Gewalt konfrontiert worden ist, zum Multiplikator für Gewalt werden kann. Insofern appelliere ich aber ebenso an die Eltern, im Umgang mit als auch bezogen auf den Zugang zu Medien (noch) kritischer zu sein.

Von  
Beate Scheffler

Kinder werden geschlagen, überwiegend Mädchen, werden sexuell vergewaltigt und haben oft ihr Leben lang schwere psychische Leiden. Kinder von Flüchtlingen wurden bei dem Brandanschlag in Hünxe schwer verletzt. Jährlich sterben hunderte Kinder bei Verkehrsunfällen. Kinder leiden zunehmend unter Erkrankungen durch Umweltschäden, an Asthma oder Neurodermitis.

Ich bin nicht sehr hoffnungsvoll, daß es je gelingt, eine gewaltfreie Welt zu schaffen. Aber wir Grünen sehen viele Anknüpfungspunkte, von denen aus Politik auf eine gewaltärmere Welt hinarbeiten kann.

Das Recht und die Verantwortung, Kinder zu erziehen, trifft viele Eltern vollkommen unvorbereitet. Junge Mütter und Väter lernen in Schwangerschaftskursen, wie Säuglinge gewickelt werden. Aber wer sagt ihnen vor der Geburt, daß Kinder auch anstrengend sein können, wieviel Geduld sie brauchen? Ich will hier nichts entschuldigen, aber verwunderlich ist es nicht, wenn Eltern bei Konflikten mit ihren Kindern oft, zu oft, gewaltgeprägte Verhalten einfallen.

### DIE GRÜNEN: Medien liefern reale Gewalt frei Haus

Die reale Gewalt von Menschen gegen Menschen liefern uns die Medien tagtäglich frei Haus. Gewalt als Konfliktlösungsmittel, das Recht des Stärkeren, ist alltägliche Erfahrung. Werdende Eltern brauchen nicht nur Wickelkurse. Elternschulungen durch Pädagoginnen und Pädagogen müssen genauso zum Regelangebot werden wie Kurse von Hebammen und Kinderärzten.

Von dem überkommenen Begriff der elterlichen „Erziehungsgewalt“ müssen wir uns verabschieden. Auch die körperliche und psychische Gewalt, die Eltern gegenüber ihren Kindern ausüben, dient nicht dem Wohl der Kinder, sie widerspricht dem Menschenrecht auf Unversehrtheit der Person und der UNO-Kinderrechtskonvention.

Die Ursache für viele Konflikte zwischen Eltern und Kindern, der notorische Zeitmangel, der Verlust des Arbeitsplatzes, die tägliche Sorge um das Geld, unzureichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten, zu kleine Wohnungen, Stadtplanung von Erwachsenen, die keine Kinderinteressen berücksichtigen, all dies können Elternschulungen natürlich nicht beseitigen. Aber auch hier ist die Politik gefragt. Der Sechs-Stunden-Tag für Eltern, den die Grünen vorgeschlagen haben, könnte eine große Entlastung sein. Zu wenig Zeit für Kinder ist eine der wichtigsten Ursachen für gewalttätige Verhältnisse. Die Politik muß den Kindern mehr als bisher Möglichkeiten schaffen, ihre Interessen zu artikulieren.

All diese Maßnahmen werden nicht ausreichen, um zu verhindern, daß Eltern ihre Kinder körperlich verletzen. Ein Netz von Zufluchtstätten für Kinder, die vor der Gewalt ihrer Eltern fliehen müssen, wird leider auch in Zukunft dringend erforderlich sein.

## Kultusminister betont, an Stabilisierung des Schulwesens werde gearbeitet

### Opposition hält der SPD Mißachtung von Protesten vor



Schulpolitik in der Kontroverse: v.l. Andreas Reichel (F.D.P.), Gudrun Reinhardt (CDU), Brigitte Speth (SPD), Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) und Kultusminister Hans Schwier (SPD).  
Fotos: Schüler

Landesregierung und SPD würden ihre schulpolitischen Vorstellungen wie ein Diktat durchsetzen und die Proteste von Eltern, Lehrern und Schülern mißachten, hielt die Opposition von CDU und F.D.P. dem SPD-Regierungslager in einer Aktuellen Stunde auf Antrag dieser beiden Fraktionen vor. Der Antrag trug die Überschrift „Konsequenzen aus den Demonstrationen ‚Nicht sparen auf Kosten unserer Kinder, Herr Rau‘“. SPD und Kultusminister Hans Schwier (SPD) versuchten zu verdeutlichen, daß an der Stabilisierung des Schulwesens sowie an Verbesserungen für Unterricht und Schule im Rahmen des finanziell Möglichen gearbeitet werde. Die Grünen vermißten bei allem die pädagogischen Begründungen.

**Andreas Reichel** (F.D.P.) erinnerte an die Demonstrationen in Düsseldorf, wo 25000 Menschen 1,2 Millionen Unterschriften gegen die Sparmaßnahmen übergeben hätten. Der Landesregierung hielt er vor, hier herrsche wirklich die Mentalität des politischen Geisterfahrers: 1,2 Millionen Menschen in NRW seien auf einem völlig falschen Kurs, nur die Landesregierung steuere in die richtige Richtung. „Merken Sie eigentlich gar nicht, in was für eine entsetzliche Bildungslüge Sie sich da verstricken?“, fragte Reichel. Die schulischen Standards, die versprochen worden seien, seien nicht eingehalten worden.

**Gudrun Reinhardt** (CDU) machte darauf aufmerksam, der Ministerpräsident habe am 19. Mai zugesagt, daß noch nichts verabschiedet sei, und daß man noch über alles sprechen könne. Heute wisse man: „Alles war eine Farce.“ SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesregierung verweigerten ihrem Ministerpräsidenten die Gefolgschaft. Statt der Einhaltung des Versprechens des Ministerpräsidenten sei das Diktat seiner SPD-Landtagsfraktion gekommen.

**Brigitte Speth** (SPD) betonte, es sollte doch allen Abgeordneten hier im Parlament klar sein, daß es nicht möglich sei, 17 000 Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Es gehe doch überhaupt nicht um Stellenabbau. Das Gegenteil sei doch der Fall. In diesem Jahr gebe es mehr als 5300 Neueinstellungen. Die Personalausgaben im Schulhaushalt seien von 7,85 Milliarden Mark im Jahre 1980 auf 12,4 Milliarden Mark in diesem Jahr gestiegen.

**Brigitte Schumann** (DIE GRÜNEN) sagte: „Wir wissen, daß die Zahl der Schülerinnen und Schüler bis zum Jahr 2000 um circa 400 000 ansteigt, nämlich von 2,58 Millionen in 1992 bis auf 2,91 Millionen im Jahr 2000. Wir wissen, daß das völlige Diktat des Finanzministers — Stichwort: Entrechtlichung — als reales Damoklesschwert über uns schwebt.“ Die Frage sei nur, wann es verfügt werde.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) meinte, diese Landesregierung arbeite an der Stabilisierung des Schulwesens sowie an der Verbesserung der fachlichen und organisatorischen Bedingungen in Unterricht und Schule in NRW. „Das tut sie im Rahmen des finanziell Möglichen.“ Oberste Richtschnur bei allen Veränderungen sei, daß Qualität und Quantität des Unterrichts keine Einbußen erlitten. Und wenn zum neuen Schuljahr mehr als 5300 Neueinstellungen möglich seien, und 2900 Lehrkräfte in Pension gingen, bleibe ein Plus von 2400 Stellen.

**Norbert Giltjes** (CDU) räumte ein, auch die CDU wäre heute noch nicht so weit, den Mangel von 17 000 Lehrern zu beheben. In den letzten sieben oder acht Jahren habe man in den Haushaltsplanberatungen aber immer beantragt, einen Einstellungskorridor von mindestens 1000, wenn nicht mehr Lehrerstellen zu schaffen. „Rechnen Sie dies einmal zusammen! Wenn Sie den Anträgen gefolgt wären, säße Ihnen heute nicht die blanke finanzielle Not im Nacken.“

**Heinz Hilgers** (SPD) erläuterte, das Handlungskonzept der Landesregierung sehe vor, daß eine Rechtsverordnung, die die Parameter für die Ausstattung von Schulen festschreibe, künftig nicht mehr gesondert verabschiedet werden solle, sondern daß das durch den Haushalt geschehe. Darüber gebe es öffentlichen Streit, weil das das Thema Entrechtlichung sei, und über nichts anderes als darüber, vorläufig eine solche Verordnung zu beschließen, bis eine andere Gesetzeslage nach dem Willen der Landesregierung eingetreten sei, sei entschieden worden.

**Manfred Kuhmichel** (CDU) hielt dem SPD-Regierungslager vor: „Es wird Ihnen hier und heute nicht gelingen, die interessierte Bevöl-

kerung hinteres Licht zu führen. Es wird Ihnen nicht gelingen, die millionenfachen, konzentrierten, begründeten Proteste gegen das Sparkonzept von Rau und Schwier als Volksverdummung abzutun.“

**Dr. Manfred Dammeyer** (SPD) erinnerte an die Anhörung des Schulausschusses: „Derjenige, der sich hier für die Unternehmensgruppe Kienbaum an dieser Stelle geäußert hat, hat ausdrücklich erklärt, daß unsere Vorschläge, die die Landesregierung zur Umsetzung des Kienbaum-Gutachtens gemacht hat, mit den Vorstellungen dieser Unternehmensgruppe Kienbaum übereinstimmt.“

**Joachim Schultz-Tornau** (F.D.P.) richtete an den Kultusminister die Bitte: „Lassen Sie sich von den Eltern, den Schülern und den Lehrern darüber informieren, wie es tatsächlich aussieht! Kommen Sie ab und zu einmal heraus aus diesem Düsseldorf, wo Sie in Ihrem Ministerium offensichtlich nicht vernünftig informiert werden.“

**Beate Scheffler** (DIE GRÜNEN) sagte, man habe nichts dagegen, daß man das System Schule auch nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten untersuche. Das sei nicht die Frage. „Die Frage ist nur: Wo bleibt die Pädagogik? Auch jetzt bei dieser Debatte. Ich habe von Ihnen keine pädagogische Begründung für Ihr Handlungskonzept gehört“, stellte sie fest.

**Beatrix Philipp** (CDU) erklärte, in Bayern stampe man jetzt die Gesamtschulen ein, weil sauber untersucht und festgestellt worden sei, daß die Gesamtschulen eben nicht besser seien als die Schulen des gegliederten Schulwesens. Frau Philipp schloß: „Sie dagegen gründen munter neue Gesamtschulen und binden damit Tausende von Lehrern und Millionen Mark auf Jahre hinaus.“

**Brigitte Speth** (SPD) hielt dagegen, es sei falsch, daß in Bayern Gesamtschulen eingestampft würden. Nur hießen sie dort nicht mehr Gesamtschulen. Sie würden ausweislich des dortigen Kultusministers in „Schulen mit besonderer Prägung“ umgewandelt.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) unterstrich, man brauche zu Beginn des kommenden Schuljahres wie zu Beginn jeden Schuljahres eine gültige Rechtsverordnung als Ausführung zum Schulfinanzgesetz.

## Aktuelle Stunde: Beitrag des Landes zum Schutz des Klimas eingefordert

In einer Aktuellen Stunde hat sich der Landtag am 4. Juni auf Antrag der grünen Fraktion mit dem Thema befaßt „UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung — Was tut Nordrhein-Westfalen?“. Dabei warf der Sprecher der Grünen dem Landesumweltminister „Verbalpolitik“ vor: NRW sei mit großem Vorsprung in der Bundesrepublik Spitzenreiter bei den klimaschädigenden Kohlendioxidemissionen. Der Minister hielt entgegen, als leistungsfähige Forschungs- und Entwicklungslandschaft und mit moderner Umwelttechnologie trage das Land zur Lösung der Probleme bei.

**Dr. Michael Vesper** (DIE GRÜNEN) warf dem Land vor, es tue, um das Klima zu retten, „zu wenig zu spät“. Angesichts „riesiger Energiesparpotentiale“ könnte die Landesregierung sehr viel mehr für das globale Klima tun, indem es als Energiezentrum den Ausstoß des klimagiftigen CO<sup>2</sup> abbaue. Es sei ein „Skandal“, daß sich die Landesregierung längst vom Ziel der Klimaschutzkommission des Bundestags verabschiedet habe, die CO<sup>2</sup>-Emissionen bis zum Jahr 2050 um 80 Prozent gegenüber 1987 zu verringern. Mit einer durchgreifenden Klimapolitik könne man nicht erst im Jahr 2000 beginnen: „Die politischen Entscheidungen von heute bestimmen die Emissionen von morgen.“ Es müßten die drei Bereiche, die am stärksten für diese Emissionen verantwortlich sind, umgebaut werden: Stromerzeugung, Wohnungsbau und Verkehr.

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) hielt dieser Analyse entgegen, sie greife zu kurz, wenn sie nicht auf die Spirale von Armuts-, Entwicklungs- und Bevölkerungswachstum und die Welthandelsbedingungen eingehe. Es würden auch die Zusammenhänge verkannt, wenn der Eindruck erweckt werde, „wir besäßen den Schlüssel für die Zukunftsfragen“. NRW sei seiner Verpflichtung nachgekommen, es habe vor kurzem den Klimabericht vorgelegt, der erkennen lasse, wo hierzulande ein effizienterer Beitrag zur Bekämpfung weltweiter Probleme zu leisten sei. Und außerdem: Gäbe es weltweit Kraftwerke mit NRW-Standard, dann

wäre die Klimaproblematik auf der Welt nicht so wie jetzt gegeben.

**Dr. Annemarie Schraps** (CDU) unterstrich Umweltschutz und Entwicklung als zentrale Elemente einer neuen Weltpolitik. Durch Partnerschaft müsse man hier zur Stabilisierung der Krisenregionen der Erde beitragen, sonst werde auch hierzulande die eigene Existenzgrundlage gefährdet. Sie verwies auf die umweltpolitischen Fortschritte der Regierung Kohl, die die Bundesrepublik im weltweiten Vergleich nach vorn gebracht haben. Dennoch seien alle aufgerufen, den eigenen Lebensstil zu überdenken: Die Entwicklungsländer wollten nicht einfach mehr Geld, sondern „daß wir ihnen weniger nehmen“.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) machte auf die Verbrennung fossiler Energieträger wie Stein- und Braunkohle als einen der Hauptgründe für den Treibhauseffekt aufmerksam und forderte ein allmähliches Umdenken auf diesem Gebiet. Die Eindämmung dieses Effekts gelinge nur über Energieeinsparmaßnahmen breitester Art, durch effizientere Energieerzeugung und -nutzung. Dafür habe sich seine Partei bereits in ihrem ökologischen Programm für die 90er Jahre ausgesprochen. Man sei für die noch schnellere Realisierung einer zeitlich gestaffelten Klimaschutzsteuer und würde es begrüßen, wenn NRW sich an einem solarthermischen Kraftwerk im Sonnengürtel der Erde beteiligen würde.

**Klaus Strehl** (SPD) fragte die Grünen nach dem Sinn der Aktuellen Stunde: Hätte man nicht erst die Ergebnisse der UN-Konferenz in Rio abwarten sollen? Rio sei ein „Riesenspektakel“, schon vor 20 Jahren, bei der letzten weltweiten Umweltkonferenz in Stockholm, seien die globalen Defizite im Umweltschutz erkannt worden. Auf der Weltklimakonferenz von 1988 in Toronto habe die Bundesrepublik der globalen Reduktion von energiebedingten CO<sup>2</sup>-Emissionen zugestimmt und die vereinbarten Werte noch verbal übertroffen — aber eingeleitet sei bis heute keine einzige Maßnahme. Es gehe nicht an, sich hinter der blamablen Umweltpolitik der USA und Japans zu verstecken, erklärte der Abgeordnete und führte als Beispiel für das Lavieren der Bundesregierung deren Haltung zur Energiesteuer an.

**Hans Peter Lindlar** (CDU) stellte die Frage, welche Konsequenzen die Konferenz für NRW habe. „Ich meine, wir müssen höchste Anforderungen, insbesondere an das Wirt-

schaften der Industrieländer in den Ländern der Dritten Welt richten.“ Das bedeute, Projekte und Investitionen aus der Industrie Nordrhein-Westfalens müßten „an unserem Umweltstandard“ gemessen werden und nicht an der Minimierung von Produktionskosten in den Ländern der sogenannten Dritten Welt.

**Dr. Bernd Brunemeier** (SPD) meinte, NRW müsse mit allen anderen Industriestaaten zusammen ein Konzept der Minderung der ökologischen Belastungen realisieren helfen. Die reichsten Staaten — und dazu gehöre im Weltmaßstab natürlich auch Nordrhein-Westfalen — müßten im Konzert mit anderen reichen Industriestaaten hier beispielhaft vorgehen. „Von uns wie von anderen Staaten der nördlichen Hemisphäre wird eine Führungsrolle erwartet.“

**Werner Stump** (CDU) äußerte sich kritisch, man gehe offensichtlich am Ende „unserer Debatte“ wieder auseinander, indem man Positionen ausgetauscht habe, doch die schlüssigen umsetzbaren Handlungskonzepte blieben weiter aus.

**Michael Ruppert** (F.D.P.) hielt die Konferenz für gut und die skeptischen Äußerungen von Matthiesen für ein Zeichen von Schwarzer-Peter-Spiel. Entscheidend sei trotz aller Skepsis, mit gutem Beispiel voranzugehen. Bei weiterem Kernenergieverzicht könnten die Ausstoßzahlen nicht erreicht werden.

**Lothar Hegemann** (CDU) forderte ebenfalls Mut zu konsequenter Umweltpolitik mit einem größeren Anteil an Kernenergie. Auf die DüBoDo zu verzichten, sei feige. „Auch über Engpässe im Straßenbau müsse geredet werden. Mit seiner starken Wirtschaft könne NRW Hilfe leisten.“

**Gerhard Mai** (DIE GRÜNEN) nannte Matthiesen ein umweltpolitisches Auslaufmodell der 80er Jahre und sah eine „Koalition der Ignoranten von SPD und CDU“. Das Kabinett Rau habe seine Klimaschutz-Ziele aufgegeben. Bei Energie und Verkehr ändere sich in NRW nichts.

**Minister Klaus Matthiesen** (SPD) bezog sich auf einhelliges Lob ausländischer Umweltminister zum NRW-Weg und berichtete von deren teilweise anderen Problemen. Bei Überbevölkerung sei Ökologie nur etwas für die Oberschicht. Im Welthandel würden die Konflikte ausgetragen. Die kalkulierbaren Risiken der Kohle werde NRW nicht gegen die unkalkulierbaren der Kernenergie eintauschen. Maßstäbe weltweiter Verantwortung dürften nicht verwischt werden, die Deutschen hätten sich bei der Vollendung der Einheit zu bewähren.



Nachdenklichkeit über ein globales Problem (v. l. n. r.): Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN), Minister Klaus Matthiesen (SPD), Dr. Annemarie Schraps (CDU), Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) und Klaus Strehl (SPD).

Fotos: Schüler

## Trauer...

Fortsetzung von Seite 1

Populär und bürgernah wurde Karl Carstens vor allem durch seine Wanderungen quer durch die Bundesrepublik. Dabei drängte er sich nicht in den Vordergrund. Sachkompetenz, Fleiß und Verlässlichkeit waren ihm wichtiger als das Haschen nach Effekten. Karl Carstens hat als fünfter Bundespräsident von 1979 bis 1984 die Bundesrepublik Deutschland nach innen wie nach außen mit Stil und Würde repräsentiert. Der Landtag Nordrhein-Westfalen nimmt heute Abschied von dem Staatsmann Karl Carstens.“

## SPD und F.D.P. im Landtag einigten sich auf Bonner Gruppenantrag zu § 218

**Brigitte Speth** (SPD) sprach die Hoffnung aus, daß liberalere Bonner Abgeordnete aus dem NRW-Landtag heraus unterstützt würden. Der Bonner Gruppenantrag sehe eine Fristenregelung mit Beratungspflicht vor, das sei eine Verbesserung gegenüber der Indikationsregelung in Deutschland-West, aber nicht der Wunsch der SPD-Mehrheit. Diese wolle ohne Androhung von Strafe Abbrüche verhindern. Beratung mache nur auf freiwilliger Basis Sinn. Letztlich entscheide die Frau allein. Mit Schmerzen habe sich die SPD auf die Pflichtberatung eingelassen, weil der Gruppenantrag besser als die gegenwärtige Rechtslage sei. Schlimm wäre, den östlichen Ländern unser Recht aufzuzwingen. Die Abstimmung sei frei. Den Frauen solle verantwortliche Entscheidung zugetraut werden.

**Marie-Luise Woldering** (CDU) verlangte Verständnis für eine andere Position als die der SPD, die nach wie vor eine Fristenlösung befürworte und damit klar gegen die Verfassung verstoße. Deshalb und aus ethischen Gründen könne die CDU ungeborenes Leben nicht schutzlos stellen. In den Anträgen der SPD und der F.D.P. sei das Selbstbestimmungsrecht der Frau nicht mehr nachrangig gegenüber dem Lebensrecht des Kindes. Das Leben der Frau könne durch Schwangerschaft beeinträchtigt werden, der Abbruch bedeute jedoch Vernichtung von Leben. Die Grünen stellten die Frau bewußt über wehrloses Leben. Zur „Hilfe vor Strafe“ könne auch Empfängnisverhütung beitragen. Um für den Mehrheitsgesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu werben, stimme die CDU-Landtagsfraktion geschlossen für ihren Antrag, obwohl es sich um eine Gewissensentscheidung handele.

**Ruth Witteler-Koch** (F.D.P.) bedauerte, daß die CDU eine Wertedebatte führe und die Problemsituation der einzelnen Frau vernachlässige. Ethische oder religiöse Bedenken lösten in unserer Gesellschaft den Wunsch nach Schwangerschaftsunterbrechung nicht auf. Der Mut von Frau Süßmuth sei zu begrüßen. Landtagskollege Heinz Lanfermann habe zusammen mit seiner Frau die Vorlage für den Bonner Gruppenantrag geliefert. Dort seien alle Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sehr verantwortungsbewußt und hochgradig sensibel berücksichtigt worden. Die SPD im Landtag sei bei der Einigung über eine Änderung zur Stellungnahme des Frauenausschusses über ihren Schatten gesprungen. Optimal wäre eine kinderfreundliche Gesellschaft.

**Marianne Hürten** (DIE GRÜNEN) hielt den Kampf für noch nicht ausgestanden. Die Frauen im Osten würden massive Verschlechterungen hinnehmen müssen, die im Westen auch nichts gewinnen. Anders als die reaktionären CDU-Parlamentarier seien über sechzig Prozent von deren Wählerinnen und Dreiviertel der Bundesbürger für die Fristenlösung. Die Grünen träten weiter für die Fristenlösung ohne Bedingungen ein. Die SPD solle sich nicht über den Tisch ziehen lassen. Für betroffene Frauen bedeuteten einer oder mehr Wege vor einer Abtreibung, freiwillige Arztwahl viel. Die von SPD und F.D.P. im Frauenausschuß begrüßte Strafandrohung für Frau oder Arzt, die Beratungspflicht mit vorgeschriebenem Ziel, das Informationsverbot und die eingeschränkte Kostenübernahme seien erschreckend.

## NRW-Unterstützung für Ost-West-Kompromiß

*Auch nach Meinung der Landtagsmehrheit aus SPD und F.D.P. sollen schwangere Frauen in den ersten drei Monaten selbst entscheiden, ob sie die Schwangerschaft austragen wollen, wenn sie sich fachkundig beraten lassen haben. Auf den im Bonner Gruppenantrag festgeschriebenen Kompromiß einigten sich SPD und F.D.P. in der Aussprache über Anträge aller vier Fraktionen zur Neuregelung des § 218 im geeinten Deutschland und über die Beschlußempfehlung des Frauenausschusses (Drs. 11/288, /429, /2173, /2402 und /3811) am 3. Juni. Der CDU-Antrag, der den Schutz des ungeborenen Lebens vorrangig zu werten verlangt, wurde ebenso abgelehnt wie der Grünen-Antrag, in dem eine bedingungslose Fristenlösung gefordert wird.*



*Um einen Kompromiß bei der Neuregelung der Rechtslage bei Schwangerschaftsabbrüchen bemühten sich nur SPD und F.D.P. mit Erfolg, für die CDU-Frauen hat der Schutz des ungeborenen Lebens weiter Vorrang vor dem Selbstbestimmungsrecht der Frauen, v.l. Marie-Luise Woldering (CDU), Frauenministerin Ilse Ridder-Melchers (SPD), Anne Garbe (SPD).*

**Carla Boulboullé** (fraktionslos) hielt den Gruppenantrag für eine Enttäuschung für die Frauen. Die SPD sei lange ausdrücklich für Beratung auf freiwilliger Basis eingetreten, ihr Wählerauftrag dürfe nicht einem Kompromiß geopfert werden. Gleichheit für Frauen bedeute auch die Entscheidung über das Gebären. Die Verknüpfung mit willkürlichen staatlichen Sozialleistungen könne nicht hingenommen werden. Der Umfall der SPD trage zur Politik sozialer Demontage bei. Wer es mit der Selbstbestimmung der Frauen ernst meine, könne dem Gruppenantrag nicht zustimmen.

**Anne Garbe** (SPD) hielt das Beharren der Grünen für bedauerlich. Auch die SPD hätte gern mehr durchgesetzt. Bei Kompromissen könne die reine Lehre nicht durchgesetzt werden. Die SPD habe sich zu einer Einigung entschlossen.

**Ilse Ridder-Melchers** (SPD), Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, betonte ebenfalls den Kompromißcharakter des Gruppenantrags. Die Zustimmung falle vielen SPD-Frauen sehr schwer. Andererseits sei er eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Rechtszustand in den alten Bundesländern, weil in der 12-Wochen-Frist Frauen eigenverantwortlich entscheiden könnten. Die Verantwortung könne ihnen niemand abnehmen. Schutz und nicht Bevormundung stehe ihnen zu. Über soziale Maßnahmen gebe es Konsens. Wichtig sei der Ausbau der Beratung und von Kinderbetreuung. Dabei stehe eine enorme Kraftanstrengung bevor. Der Bund müsse sich an den Kosten von 57 Milliarden Mark beteiligen. Die Zustimmung zum Gruppenantrag zu verweigern sei töricht, weil es dann keine Neuregelung gebe. Ein möglichst breiter Kompromiß habe größere Chancen der Akzeptanz.



*Nur SPD und F.D.P. im NRW-Landtag konnten sich auf eine gemeinsame Haltung einigen, v.l.: Ruth Witteler-Koch (F.D.P.), Carla Boulboullé (fraktionslos), Marianne Hürten (DIE GRÜNEN). Fotos: Schüler*

## Soziale Lage der Frauen in der Landwirtschaft

# Immer mehr Bäuerinnen wollen eine eigene soziale Absicherung aufbauen

*Einstimmig hat der Landtag den Antrag der SPD-Fraktion „Verbesserung der sozialen Situation der Frauen in der Landwirtschaft“ (Drs. 11/3722) an den federführenden Ausschuß für Frauenpolitik überwiesen. Zur Plenardebatte am 3. Juni hat die CDU einen Entschließungsantrag (Drs. 11/3840) vorgelegt.*

**Anne Garbe** (SPD) bezeichnete die Bäuerin als tragende Säule der landwirtschaftlichen Betriebe, ohne die sie nicht existieren könnten. Nur mit einer grundlegenden Agrarsozialreform sei die soziale Sicherung der landwirtschaftlichen Familien zu schaffen; mit Recht forderten die Landfrauen eine eigenständige Sicherung vor allem im Alter und bei Erwerbslosigkeit. Das könne man nicht als „Wunschzettel an den Weihnachtsmann“ — wie geschehen — abtun und die Betroffenen auf eine private Versicherung verweisen. Die arbeitenden Frauen würden sich bestimmt nicht mit „irgendwelchen Pflasterchen“ abpeisen lassen. Es sei auch innerlandwirtschaftliche Solidarität gefragt: Die Bundesmittel für die landwirtschaftliche Altershilfe etwa sollten so eingesetzt werden, daß geringer verdienende landwirtschaftliche Familien einkommensabhängige Zuschüsse zum Beitrag erhalten. In der Ausschußberatung sei zu klären, mit welchen Maßnahmen „die vielen Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten“ abgeschafft werden können.

**Ilka Keller** (CDU) räumte ein, die Landfrauen und Bäuerinnen seien bislang „von der sozialen Dimension“ vergessen worden. Bei aller Ähnlichkeit mit anderen Arbeitnehmerinnen sei ihre Lage doch sehr speziell: Landfrau sei man meist als Familienmitglied. In den Familienbetrieben seien die Frauen in keinem Berufszweig so fest in das Berufs- und Lebenskonzept ihrer Männer und der ganzen Familie integriert wie in der Landwirtschaft. Ihre jetzt offenbar werdende

Benachteiligung sei keine „Böswilligkeit, sondern eine Folge eines lange Zeit nicht erkannten Problems“, analog zur Rolle der Hausfrau und Mutter in der Gesellschaft. Ohne Frage sei eine Gesamtreform des agrarsozialen Sicherungssystems erforderlich, aber es dürfe nicht der Eindruck entstehen, als lebten die Landfrauen in einem sozialpolitisch luftleeren Raum. Einerseits partizipierten sie an den familienpolitischen Entscheidungen und Regelungen der Bundesregierung, andererseits seien die Frauen über Familienversicherungen weitgehend gegen die wesentlichen Risiken des Lebens abgesichert. Das Land solle sich aktiv an dieser Reform beteiligen.

**Ruth Witteler-Koch** (F.D.P.) machte auf die besondere Belastung der Landfrauen aufmerksam, die stehe außer Frage. Die soziale Sicherung der landwirtschaftlichen Familien sei seit langem reformbedürftig. Noch mehr als im städtischen Bereich zeige sich in der Landwirtschaft, daß Frauen in Familie, Arbeit und Beruf vergleichsweise erheblich mehr leisteten als Männer; sie seien psychisch und physisch stärker belastbar. „Aber nach wie vor sind Frauen stark benachteiligt.“ Hier und in anderen Bereichen wie der Tätigkeit im Haushalt oder für Alleinerziehende müßten Sicherungsmechanismen geschaffen werden: „Dabei ist natürlich zu beachten, daß Leistungsansprüche auch durch eigenständige Beiträge zu erreichen sind.“

**Marianne Hürten** (DIE GRÜNEN) sah den SPD-Antrag als „relativ blaß und konturlos“ an. Seit über einem halben Jahr warte ihre Fraktion auf die Beantwortung einer Großen Anfrage, in der die Lage der Frauen auf dem Land umfassend dargestellt werden solle. Mit Blick auf die SPD meinte sie: „Was soll man von einer Fraktion halten, die die eigenen politischen Gestaltungsmöglichkeiten nicht wahrnimmt und nur nach Bonn weist?“

Handlungsmöglichkeiten lägen etwa bei einer aktiven Arbeitsmarktpolitik im ländlichen Raum und bei sozialen Verbesserungen durch eine gerechtere Gestaltung der Renten. Außerdem seien Qualifizierungsmaßnahmen, mehr Ganztagskinderbetreuung und ambulante Pflegehilfen erforderlich. Es mache keinen Sinn, „erst die Bäuerinnen ans Haus zu fesseln und später über mangelnde Alterssicherung zu klagen“. Zwar müßten Versäumnisse der Vergangenheit gutgemacht werden, „aber für die Zukunft müssen gerade bei Nebenerwerbsbetrieben den Bäuerinnen Erwerbsarbeitsmöglichkeiten eröffnet werden“. Klarer als der SPD-Antrag und unterstützenswert sei da die grüne Kampagne zur sozialrechtlichen Gleichstellung der Bäuerin.

**Anne Garbe** (SPD) hielt der Sprecherin der CDU vor, sie habe „wenig oder keine Ahnung“ über die Situation der Frauen in den landwirtschaftlichen Betrieben, aber das sei bei vielen hier im Landtag so, da es sich um „ganz komplizierte Zusammenhänge im agrarpolitischen Sicherungssystem“ handele.

**Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen** (SPD) sagte, man wisse noch nicht, was mit der EG-Agrarreform auf die 300 000 Menschen in den rund 77 000 landwirtschaftlichen Betrieben in NRW zukommen werde, sicher aber ein verstärkter Strukturwandel und eine erhöhte Arbeitsbelastung für die Frauen, vor allem in kleinen und mittleren Betrieben. Wenn immer weniger Frauen bereit seien, in der Landwirtschaft zu arbeiten, dann liege das vor allem an der lückenhaften agrarsozialen Absicherung. Hier brauche NRW keine Aufforderung zum Handeln: Bisher sei der Druck in der Agrarsozialreform überwiegend über die Bundesländer erzeugt worden. Er habe den Eindruck, daß die Bundesregierung die drängelnden sozialen Probleme nicht lösen könne, „aber wir sind es unseren bäuerlichen Familien in NRW schuldig, die Bundesregierung erneut zum Handeln aufzufordern“. Darum wünsche er sich eine breite Übereinstimmung im Hause und eine „klare Willensbildung, die in Bonn auch wahrgenommen und verstanden wird“.

## Harte Debatte über ein „Signal der Hoffnung“

*Im Rahmen einer Aktuellen Stunde hat sich der Landtag am 5. Juni auf Antrag der SPD-Fraktion mit dem Thema „Neue Mitte Oberhausen und die Verantwortung des Landes für Stadt- und Regionalpolitik“ befaßt.*

Dabei appellierte der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Professor Dr. Friedhelm Farthmann, an alle wirtschaftspolitisch verantwortlichen Denkenden in CDU und F.D.P. (die Grünen bezog er wegen ihrer „Fundamentalopposition“ gegen das Projekt nicht mit ein), mit dabei zu helfen, daß das Projekt in der Sache nicht „kaputtgeht“. Beide Fraktionen müßten die Frage beantworten, „ob sie zur Gemeinsamkeit der Beurteilung dieses regionalpolitisch bedeutsamen Investments stehen“. Dieses „Signal der Hoffnung

und der Erneuerung“ für die Menschen im Revier dürfe nicht beschädigt werden. Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) qualifizierte das Projekt als wesentlichen Beitrag zur Revitalisierung von Stadt und Region und als einen Schritt voran beim notwendigen Strukturwandel im Ruhrgebiet. Die Neue Mitte verfüge über eine abgewogene Mischung, die den Vorstellungen der Landesregierung entspreche und nichts mit dem „World Trade Center“ der Gruppe „Triple Five“ zu tun habe. Für die CDU war klar, daß nicht derjenige Stadt und Region schädige, „der kritische Fragen stellt, sondern der ohne gründliche Untersuchungen des Vorhabens und seiner Auswirkungen vorbehaltlos zustimmt“. Laurenz Meyer fügte für seine Fraktion hinzu, man erwarte von der Landesregierung die Klärung einiger offener Fragen zu dem Projekt, davon mache die CDU ihre Zustimmung abhängig, „denn wir nehmen unsere Gesamtverantwortung sehr ernst“. Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) sah in der

Neuen Mitte eine große Chance für Oberhausen; für ihn persönlich überwogen bisher die positiven Aspekte. Nicht die Opposition gefährde das Projekt, sondern „die Landesregierung, weil sie unfähig ist, ein derartiges Milliardenprojekt zu managen“. Mit seinem Hinweis auf einen Investorenwettbewerb, der dann trotz der Ankündigung Einerts im Wirtschaftsausschuß nicht gekommen sei, habe der Wirtschaftsminister das Parlament getäuscht, betonte Tschoeltsch. Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) forderte die Ablehnung des Projekts: „Ökonomisch bedeutet es Harakiri, ökologisch ein Desaster, städtebaulich eine Wüste, aus sozialer Sicht entsteht eine Geisterstadt und aus finanzpolitischer Sicht ein Subventionsmoloch.“ Das Projekt sei nach Ansicht der Grünen mit einer unglaublichen Leichtfertigkeit geplant und vorangetrieben worden. Die Rechnung müßten letzten Endes die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Oberhausen und die nordrhein-westfälischen Steuerzahler und Steuerzahlerinnen bezahlen.

## Informationsreise des Landwirtschaftsausschusses nach Brüssel und Lille

### Agrarexperte rechnet in nächster Zeit mit radikalem Strukturwandel

*Der Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz hat Mitte Mai eine Informationsreise nach Nordfrankreich und Brüssel unter Leitung des Ausschußvorsitzenden Heinrich Kruse (CDU) durchgeführt. In Nordfrankreich sind vor allem Fragen des Natur- und Gewässerschutzes, der Abwasserbeseitigung sowie des Gartenbaus angesprochen worden. Darüber hinaus waren die Nahrungsmittelproduktion, dabei besonders die Produktion von Käse und die Vermarktung von Fleisch weitere Themen.*

Ein Besuch im Verbindungsbüro des Landes Nordrhein-Westfalen in Brüssel gehörte ebenso zum Programm wie die Begrüßung im Europäischen Parlament durch den Vizepräsidenten Hans Peters. Insbesondere ergaben die Gespräche mit den Europa-Abgeordneten Reinhold Bocklett (CSU), Hedwig Keppelhoff-Wiechert (CDU) und Mechthild Rothe (SPD) für die Arbeit des Ausschusses interessante Aufschlüsse.

Vor dem Landwirtschaftsausschuß ging MdEP Bocklett auf die bekannten Vorschläge der EG-Kommission ein: Die Ratspräsidentschaft habe in der letzten Sitzung einen moderierten Vorschlag unterbreitet, der eine 28prozentige Senkung des Getreidepreises — allerdings ohne vollen Ausgleich, jedoch einschließlich der Fortführung der Mitverantwortungsabgabe — vorsah.

Seit ein paar Tagen liege ein neuer Vorschlag durch den Ratspräsidenten vor, der weiter gehe als bisherige Überlegungen. Danach sei bei Getreide eine Senkung um 33 Prozent vorgesehen, gleichzeitig jedoch auch eine höhere Kompensation als bisher; allerdings kein voller Ausgleich und keine volle Abschaffung der Mitverantwortungsabgabe. Der Vorschlag der Ratspräsidentschaft sehe einen Ausgleich in Höhe von 45 vor sowie weitere acht Ecu bei Abschaffung der Mitverantwortungsabgabe.

Bocklett äußerte sich auch zu den Äußerungen des Bauernpräsidenten von Heere mann, der sich mit seinen Vorstellungen nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa jenseits der Realität befinde. Der französische Präsident werde im Zweifel immer für eine Getreidepreissenkung, nicht aber für eine Mengenbegrenzung stimmen. Der Präsident der französischen Getreidebauern habe erklärt, daß diese eine 35prozentige Reduzierung favorisierten.

Nach Ansicht von Bocklett müsse ein Wirtschaftszweig wie die Landwirtschaft mit in den letzten Jahren derartig hohen Produktivitätssteigerungen im Vergleich zu den übrigen Wirtschaftszweigen zunächst einmal die ökonomischen und strukturellen Konsequenzen einer solchen Entwicklung zur Kenntnis nehmen. Wenn also die Zahl der Nachfrager nach Nahrungsmitteln nicht steige, gleichzeitig aber die Produktivität jedes Jahr um zwei bis 2,5 Prozent

zunehmen, würden immer weniger Landwirte mit immer weniger Fläche benötigt, um die erforderlichen Nahrungsmittel zu produzieren. Fazit für Bocklett: Um zu einer Produktion zu gelangen, die nicht ständig Überschüsse erzeugt, die dann wiederum mit hohen Kosten gelagert oder abgesetzt werden müssen, sei dies nur im Zusammenspiel von Preis- und Marktfunktion machbar.

Auch zum Rindfleisch äußerte sich Bocklett sehr kritisch: Bei der Rindfleischproduktion habe der Fehler Mitte der 70er Jahre darin bestanden, die volle Intervention einzuführen. Vorher habe man lediglich eine saisonale Intervention zur Verfügung gehabt. Von der vollen Intervention — davon profitiere Frankreich — müsse man weg. Ansonsten könnten die Rindfleischberge nicht abgebaut werden.

Als gedanklichen Fehler der EG-Kommission sehe er die Überlegung an, auf Weltmarkt-Preisniveau hinunterzugehen, um damit Importfuttermittel verdrängen zu wollen, gleichzeitig aber im Rahmen des GATT darüber zu verhandeln, die Grenzen für Futtermittel noch mehr zu öffnen.

Abschließend wies Bocklett darauf hin, daß bei allen Überlegungen zu berücksichtigen sei, daß die Reform vom rechtlichen Standpunkt aus betrachtet ohnehin nur fünf Jahre gelte. Bocklett sagte noch einen radikalen Strukturwandel für die kommenden Jahre voraus. In einem Land wie der Bundesrepublik Deutschland werde der Wert des Bodens immer weiter steigen. Es werde „Landbesitzer“ und „Andere“ geben. Man werde nicht mehr in der Lage sein, die Landwirtschaft von ihrer eigentlichen Funktion zu begreifen, die darin bestehe, „ein Stück Land zu bestellen, Fleisch zu produzieren oder Milch herzustellen“. Es dürfe nicht dazu kommen, daß Ausgleichszahlungen den Preis und somit ihren eigentlichen Charakter ersetzen.

Für Bocklett auch nicht so ganz nachvollziehbar war die Tatsache, daß in Länderparlamenten oder auch im Bundestag die Frak-

tionen in Fragen der Agrarpolitik ihr „eigenes Süppchen“ kochten, da doch glücklicherweise im Europaparlament weitgehend interfraktionell Überlegungen zur Lösung der Agrarpolitik angestellt würden.

### Nahrungsmittelproduktion

In der Nähe von Lille, wo der Ausschuß auch vom Präfekten der Region Nord-Pas De Calais empfangen wurde, besuchten die Mitglieder des Ausschusses einen 50 Hektar großen Ackerbaubetrieb mit Getreidebau und Erdbeer- sowie Spargellauben. Hier wurden den Ausschußmitgliedern die Äußerungen von MdEP Bocklett in der Praxis bestätigt, wonach die Mengenbegrenzung etwa durch Flächenstilllegung in Frankreich abgelehnt wurde.

Vor Ort wurden mit Experten des Landwirtschaftsamtes und der Landwirtschaftskammer Probleme der Wasserentnahme für künstliche Beregnung angesprochen wie die Fragen des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln, Düngemitteln und des Verbraucherschutzes.

Einhellige Meinung der NRW-Delegation war, daß der Verbraucher die Sicherheit haben muß, daß alle Nahrungsmittel von einwandfreier Qualität und gesundheitsfördernd sind. Deshalb müßten alle, die Nahrungsmittel produzieren, verarbeiten oder verkaufen, sich ihrer Verantwortung bewußt sein.

### Baugrundstücke

Die Baugrundstücke in Havixbeck-Hohentholte, die sich im Eigentum des Landes befinden, stehen nun im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung zum Verkauf. Dies meldete das Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft auf die Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Hannelore Brüning (Drs. 11/3419).



Mitglieder des Landwirtschaftsausschusses auf der Treppe zum Gebäude der Präfektur der Region Lille in Nordfrankreich.

## Harte Kontroverse in Schulausschuß-Sondersitzung

### SPD stimmt Änderungsverordnung zu F.D.P. nennt Beratung eine „Farce“

*Der vom Kultusminister vorgelegte Entwurf der Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz (SchFG) für das Schuljahr 1992/93 (Vorlage 11/1110) und die aufgrund der vom Kultusminister durchgeführten Verbände-beteiligung sowie der vom Ausschuß für Schule und Weiterbildung durchgeführten öffentlichen Anhörung am 20. Mai 1992 (siehe „Landtag intern“ Nr. 10) vorgeschlagenen Änderungen zum Entwurf dieser AVO (Vorlage 11/1297) waren Gegenstand abschließender Beratungen in der Sondersitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 2. Juni 1992 unter Vorsitz von Hans Frey (SPD).*

Die Verordnung zu § 5 SchFG regelt wesentliche Teile des „Handlungskonzepts der Landesregierung zur effektiveren Gestaltung der Schulorganisation und bedarfsgerechten Zuweisungen von Lehrerstellen“.

Nach der Geschäftsordnung des Landtags sind die Sitzungen der Ausschüsse grundsätzlich nicht öffentlich, sofern nicht ihre Öffentlichkeit beschlossen wird. Auf Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P. stellte der Ausschuß vor Eintritt in die Tagesordnung einstimmig die Öffentlichkeit her.

Ein Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, von einer inhaltlichen Beschlußfassung abzusehen und statt dessen gemeinsam die Auswertung der öffentlichen Anhörung vom 20. Mai vorzunehmen, wurde zuvor unter Hinweis auf die in Sitzung am 29. April einvernehmlich getroffenen Vereinbarungen zum parlamentarischen Beratungsverlauf mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt. Die Sprecherin der Fraktion DIE GRÜNEN nahm am weiteren Sitzungsverlauf nicht mehr teil.

Im Verlauf der Beratungen erklärte die CDU-Fraktion, sie könne den Vorlagen auf keinen Fall zustimmen. Die Mehrheitsfraktion sei nie auf die Argumente der CDU eingegangen. Sie habe auch keinerlei Bereitschaft gezeigt, Beratung und Beschlußfassung zu vertagen, obwohl der Ministerpräsident am 10. Mai dieses Jahres zugesagt habe, man sei offen für Gespräche und werde breite Diskussionen mit den Elternverbänden führen. Die Mehrheitsfraktion, so die weitere Kritik, erwecke den Eindruck, die anderen Fraktionen hätten im Ausschuß für Schule und Weiterbildung die Möglichkeit, ernsthaft Argumente vorzutragen. Das sei keineswegs der Fall. Was in den Vorlagen stehe, biete keinerlei Problemlösungen an. Der Gutachter Kienbaum fordere die grundlegende Schulstrukturdebatte. Dieser entziehe sich aber die SPD.

Die SPD-Fraktion begrüßte die Gegenwart der Öffentlichkeit und machte deutlich, daß die AVO umgehend entschieden werden müsse, weil sie wesentliche Grundlagen für den ordnungsgemäßen Schulbetrieb im Schuljahr 1992/93 enthalte und Unterrichtsausfall vermieden werde. Sie sei – wie allgemein bekannt – kein Reformprogramm. Die darin getroffenen Differenzierungen und

Einschnitte seien aber notwendig und mit Augenmaß vorgenommen worden. Die SPD-Fraktion hielt den Oppositionsfraktionen vor, sie hätten in den Beratungen nie Andeutungen eines Vorschlages gemacht und auch keine zusätzlichen Stellen beantragt. Hervorzuheben sei lediglich der Vorschlag der CDU-Fraktion während der Haushaltsberatungen, Gesamtschulen und Kollegschulen zu schließen und die Stellen auf das restliche Schulsystem zu verteilen.

Für die Fraktion der F.D.P. erklärte ihr Sprecher, zur Sache sei keine weitere Diskussion erforderlich. Die parlamentarische Beratung der Angelegenheit stelle eine Farce dar, da die SPD nicht im Ansatz Bereitschaft zum Nachdenken zeige. Es sei hilfreich, daß die Öffentlichkeit diese Sitzung mitverfolgen könne. Vor dem Hintergrund der öffentlichen Proteste zum Handlungskonzept der Landesregierung sei es unverschämt, wenn diese bei ihrer Vorlage 11/1297 von einer Überarbeitung nach Durchführung der öffentlichen Anhörung spreche. Es handle sich allenfalls um eine sprachliche Bereinigung.

Nach Beratungsschluß stimmte der Ausschuß für Schule und Weiterbildung dem Verordnungsentwurf in der Fassung der Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, F.D.P. bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN zu.

## Dringliche Anfragen

Als falsch hat Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) in der Fragestunde des Landtags in seiner Antwort auf die Dringlichen Anfragen von Hartmut Schauerte (CDU), Dr. Michael Vesper und Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) und Dr. Achim Rohde (F.D.P.) den Eindruck bezeichnet. Finanzminister Schleißer habe die Übernahme des Aufsichtsratsmandats in der Grundstückentwicklungsgesellschaft Oberhausen (GEG) verschwiegen und es unterlassen, die notwendige Genehmigung des Hauptausschusses einzuholen. Der Finanzminister sei bei der Prüfung der Frage zu dem Ergebnis gekommen, daß die GEG nicht ein auf Gelderwerb ausgerichtetes Unternehmen sei und deswegen die Genehmigung nicht erforderlich war. Er teile diese Ansicht „in vollem Umfange“. Daß dieses Mandat in der Aufstellung fehle, die der Chef der Staatskanzlei auf Anfrage des Abgeordneten Schauerte dem Hauptausschuß übersandt habe, liege daran, daß es sich bei dieser Liste um eine Aufstellung in sogenannten Erwerbsgesellschaften gehandelt habe. Mit ihren Fragen unternähmen die Fragesteller erneut den Versuch, „ein für das Ruhrgebiet und unser Land wichtiges Investitionsvorhaben zu gefährden und den Finanzminister, dem die Landesregierung die Realisierung dieses Vorhabens anvertraut hat, ins Zwielicht zu rücken. Dieser Versuch wird nicht zum Erfolg führen“, betonte Rau.

## Haushaltsausschuß

### Schulverordnung trotz Sitzungsboykott verabschiedet

Unter heftigem „Beschuß“ aus allen drei Oppositionsfraktionen stimmte die SPD-Mehrheit im Haushalts- und Finanzausschuß am 5. Juni der in Verbänden des Schulwesens heftig umstrittenen Verordnung des Kultusministeriums zum Schulfinanzgesetz zu. Der Vertagungsantrag der CDU war zuvor abgelehnt worden, woraufhin die drei Oppositionsfraktionen die Sitzung unter Protest verließen. Unter anderem wegen beabsichtigter Änderungen bei den Klassenstärken und bei Unterrichtsermächtigungen waren in Teilen des Landes Boykottmaßnahmen angedroht worden. In den letzten Tagen waren außerdem Zweifel an der Rechtslage laut geworden. Daraufhin hatten sich das Präsidium und die beteiligten Ausschüsse darauf verständigt, die Änderung der Verordnung noch vor Pfingsten vom federführenden Haushaltsausschuß verabschieden zu lassen, bevor zwei sitzungsfreie Wochen den Eindruck von Rechtsunsicherheit wachsen ließen.

In der Vorberatung durch den Unterausschuß Personal des Haushaltsausschusses am 4. Juni äußerten sich die schulpolitischen Sprecher der Fraktionen der CDU, F.D.P. und der GRÜNEN, die an der von Unterausschußvorsitzendem Peter Bensmann (CDU) geleiteten Sitzung teilnahmen, verärgert über eine Beschlußfassung ohne ausreichende Unterlagen und über den Inhalt des Erlasses, in dem wichtige Einwände aus der öffentlichen Anhörung sowie die Proteste im Schulwesen nicht berücksichtigt worden seien. Der von Wilfried Schittges (CDU), Andreas Reichel (F.D.P.) und Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) erhobene Vorwurf „scheindemokratisches Verfahren“ wurde von Reinhold Trinius (SPD) unter Hinweis auf rechtzeitige Unterrichtung des Landtags zurückgewiesen.

## Verkehrsausschuß

### Breite Zustimmung zum Luftverkehrskonzept

Im Verkehrsausschuß fand unter Leitung des Vorsitzenden Hans Jaax (SPD) am 21. Mai eine Aussprache über die Anhörung zum Luftverkehrskonzept der Landesregierung statt. Für die SPD stellte deren Sprecher Karl Böse breite Zustimmung fest. Die Grenze von 71000 Flugbewegungen in Düsseldorf müsse so schnell wie möglich aufgehoben, die Start- und Landebahn verlängert sowie eine Holding mit Köln/Bonn gebildet werden. Gisela Nacken (DIE GRÜNEN) kündigte an, ihre Fraktion werde den Vorschlag eines Slothandels auf der Basis von Lärmlizenzen aufgreifen. Für das Klima sei eine Verminderung des Luftverkehrs unvermeidlich. Auch Heinrich Dreyer (CDU) hielt das Ergebnis der Anhörung nicht für durchweg positiv, stimmte aber den SPD-Forderungen zu und trat ebenfalls für die Bundesbahn-Anbindung beider Flughäfen ein. Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) kritisierte unterlassenes Handeln bei Nachtflugregelungen für Köln/Bonn und das Versagen einiger Entscheidungsträger.



## Staaten der ehemaligen Sowjetunion auf dem Weg der Demokratisierung

### Unterstützung bei der Ausbildung von Juristen weiterhin nötig

*Die unabhängigen, einstmals sowjetischen Staaten Rußland, Weißrußland und Litauen zeigen sich unbeeindruckt und entschlossen auf dem Weg in die Demokratie. Dabei lassen sie sich von westlichen Vorbildern, sei es der Verfassung Frankreichs oder des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, leiten. Die Gewaltenteilung und vor allem eine unabhängige Judikative stehen im Vordergrund der parlamentarischen Bemühungen. Diesen Eindruck konnten sechs Mitglieder einer Kommission des Rechtsausschusses gewinnen, die unter Leitung des Ausschußvorsitzenden Friedrich Schreiber (SPD) eine zehntägige Reise in diese Länder durchgeführt haben. Bemerkenswert war dabei nicht nur die Offenheit der Gesprächspartner, mit der alle Fragen beantwortet wurden, sondern auch deren Informationsbedürfnis, bezogen auf die deutschen Gesetze, Verfassungen, Verwaltungsstrukturen, die Gerichtsorganisation, Juristenausbildung sowie die gesetzlichen Steuerungselemente der sozialen Marktwirtschaft.*

Anlaß der Reise waren die zwischen Nordrhein-Westfalen und den GUS-Mitgliedstaaten Rußland und Weißrußland bestehenden Beziehungen, die Zusammenarbeit der Regierungen Nordrhein-Westfalens und Weißrußlands im Bereich der Polizei sowie mit der russischen Föderation auf dem Gebiete des Rechts. Es sollte festgestellt werden, wie sich die Zusammenarbeit darstellt und ob das Land Nordrhein-Westfalen die neuen Staaten in ausreichender Weise unterstützt oder weitere Hilfe zur Selbsthilfe einbringen kann. Es wurde deutlich, daß vor allem Hilfe bei der Juristenausbildung benötigt wird. Fortbildungskurse für russische Juristen wurden und werden in Nordrhein-Westfalen bereits durchgeführt; nordrhein-westfälische Dozenten halten Vorträge bei juristischen Fortbildungsveranstaltungen in Rußland. Ferner gibt es Expertengespräche zur Unterstützung russischer Gesetzgebungsvorhaben.

Im Gespräch mit dem stellvertretenden Justizminister B. W. Panfjorow erinnerte der Ausschußvorsitzende an die von beiden Justizministern unterzeichnete Kooperationsvereinbarung. Die Umsetzung solle parlamentarisch begleitet und beobachtet werden, ob noch weitere Unterstützung nötig sei. Ferner wolle die Kommission tieferen Einblick in die bestehenden Probleme gewinnen und ergründen, weshalb die Beziehungen ins Stocken geraten sind. Ursache hierfür dürften die finanziellen Schwierigkeiten sein, die es nicht zulassen, eine Vielzahl von russischen Juristen zu den Fortbildungsseminaren nach Nordrhein-Westfalen zu senden. Gerade diese Veranstaltungen wären jedoch wichtig, hieß es auf

russischer Seite. Ebenso wünschenswert wäre aus weißrussischer und litauischer Sicht die Möglichkeit für angehende Juristen, ein Praktikum in Nordrhein-Westfalen durchführen zu können.

In weiteren Gesprächen mit dem Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs, W. N. Lebedjew, Mitgliedern des russischen Verfassungsgerichts sowie Generalstaatsanwalt M. D. Slawogorodski standen die Themen Unabhängigkeit der Richter, Gesetzgebung, Strafvollzug und Wirtschaftsreform im Vordergrund. Eine Reihe von Gesetzen, die verabschiedet wurden oder sich in der Beratung befinden, sollen die Reformen voranbringen. Die russische Föderation hat bisher als einzige der besuchten Länder schon ein Verfassungsgericht. Ein Gesetzentwurf, der den Obersten Gerichtshof zugleich als Verfassungsgericht vorsah, hatte keine parlamentarische Mehrheit gefunden. Die Mitglieder des Verfassungsgerichts werden vom Kongreß der Volksdeputierten gewählt. Entscheidungen der Gerichte können durch das Verfassungsgericht nicht aufgehoben werden. Es entscheidet über die Verfassungskonformität der Gesetze und der internationalen Verträge und prüft auf Antrag die Verfassungsmäßigkeit von Entscheidungen. Da es keine Kassationsinstanz gibt, muß die Legislative gegebenenfalls die als verfassungswidrig bezeichnete Norm ändern.

Die neue Entwicklung in Rußland wird, so Generalstaatsanwalt Slawogorodski, von der Staatsanwaltschaft positiv eingeschätzt; sie tritt für den Rechtsstaat ein. Die organisierte Kriminalität sei noch nicht definiert. Berichte über ihr Anwachsen seien stark übertrieben. Allerdings erhalte die Wirtschaftskriminalität einen neuen Stellenwert. Zu den Aufgaben der Staatsanwaltschaft gehörten neben Ermittlung, Einstellung und Anklageerhebung auch die Überprüfung der Tätigkeit des Sicherheitsministeriums auf Rechtsstaatlichkeit. Die Staatsanwaltschaft kann Gerichtsentscheidungen anfechten, die früher übliche Aufsicht über die Gerichte wurde abgeschafft. Jetzt muß vielmehr das Gericht Anordnungen treffen, die von der Staatsanwaltschaft zu beantragen sind, so

unter anderem bestimmte Ermittlungshandlungen oder die Untersuchungshaft.

Von Interesse waren für die Kommission des Rechtsausschusses auch die Probleme des Übergangs zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen sowie die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für Investitionen aus dem westlichen Ausland. Die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik will das Ausland verstärkt einbinden, war im Justizministerium zu erfahren. Es herrsche allerdings die Furcht vor dem Ausverkauf der Republik an westliche Investoren. Für ausländische Interessenten solle das Prinzip der Meistbegünstigung eingeführt werden. Gesetzlich noch nicht endgültig geregelt sei das Eigentum an Grund und Boden, auch Dauernutzungsrechte müßten noch gesetzlich formuliert werden. Genannt wurden in diesem Zusammenhang das Gesetz über das Unternehmertum, das Aktiengesetz, das Zentralbankgesetz, das Gesetz über Investitionen, das Eigentumsgesetz sowie zahlreiche Erlasse, in denen die Grundsätze der Privatisierung konkretisiert würden.

In der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik wurden die Mitglieder des Landtags zunächst durch den Vorsitzenden der Kommission des Obersten Sowjets der Republik Belarus zu Fragen der nationalen Sicherheit, Verteidigung und Bekämpfung der Kriminalität, M. J. Grib, empfangen. Er hob hervor, daß seit der Unabhängigkeit schon sehr viel auf dem Gebiet der Gesetzgebung geschehen sei. Das Parlament habe bereits 19 Gesetze nach Vorberatung durch die Kommission angenommen. Er nannte unter anderem das Gesetz über die Schaffung der Streitkräfte. Weißrußland habe sich zur kernwaffenfreien Republik erklärt und vorzeitig die taktischen Atomwaffen beseitigt. Demgegenüber seien noch strategische Kernwaffen vorhanden. Bei den Verhandlungen in Taschkent sei unter anderem der Vertrag über die Sicherung der Grenzen der GUS unterzeichnet worden, nicht hingegen derjenige über die militärische Zusammenarbeit, weil dies im Widerspruch zur selbstbestimmten Unabhängigkeit und Kernwaffenfreiheit gestanden hätte. (Wird fortgesetzt)



Tschechische Studenten hat Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (l.) im Landtag empfangen. Die Delegation kam auf Initiative des SPD-Abgeordneten Gerhard Wendzinski nach Düsseldorf. Foto: Schüler

## Hauptausschuß des Landtags tagte in der Landeszentrale für politische Bildung

# Mit Veranstaltungen Vertrauen und Verständnis bei alten und neuen Nachbarn in Europa gewinnen

Drei Schwerpunkte kennzeichnen die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen: die Folgen der deutschen Vereinigung, die Hilfe für das Partnerland Brandenburg und Analyse sowie Bewältigung des Rechtsextremismus. Der Hauptausschuß des Landtags unter der Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) machte es sich am 21. Mai zur Aufgabe, sich vom Erfolg dieser Bildungsarbeit im Gebäude der Düsseldorfer Bildungszentrale zu überzeugen. Der entsprechende Tagungsordnungspunkt dieser „auswärtigen“ Sitzung lautete: Gesetzlicher Auftrag, Aufbau und Organisation der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen. 30 bis 50 Tagungen veranstaltet die von Dr. Günther Wichert geleitete Landeszentrale im Jahr. Sie betreut inzwischen bis zu 80000 hauptberufliche und ehrenamtliche Multiplikatoren, nach der „Lex Brandenburg“ auch in Nordrhein-Westfalens Partnerland. Jährlich werden von ihr rund 400000 Publikationen an Personen und Institutionen abgegeben.



Der Hauptausschuß unter Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (hinten Mitte) in der Landeszentrale für politische Bildung. Ganz links der Leiter der Landeszentrale, Dr. Günther Wichert. Foto: Schüler

Staatskanzleiminister Wolfgang Clement begrüßte es, daß die Mitglieder des Hauptausschusses die Landeszentrale für politische Bildung besuchten und hier ihre Sitzung abhielten: Nicht nur, weil es das gute Recht des Parlaments sei, die Arbeit der Landeszentrale als Teil der dem Ministerpräsidenten unterstellten Staatskanzlei zu kontrollieren, sondern weil die Entwicklungen in Europa nahelegten, daß auch der politischen Bildung neue Aufgaben gestellt würden. Clement nannte als erstes die Aufgabe, für das vereinigte Deutschland in Europa und seine Rolle, Vertrauen und Verständnis bei den alten und neuen Nachbarn in Europa zu gewinnen. Da habe die Landeszentrale insbesondere Veranstaltungen zu den deutsch-sowjetischen, deutsch-polnischen, deutsch-britischen und deutsch-niederländischen Beziehungen durchgeführt. Es sei klar, daß in diesem Rahmen Ängste und Vorbehalte gegenüber dem vereinigten Deutschland und seiner neuen Rolle in Europa eine erhebliche Bedeutung hätten. Es gehe darum, diese Sorgen und Ängste abzubauen. Das zweite betreffe die deutsche Vereinigung und die Verwaltungshilfe Brandenburg. Der Vollzug der deutschen Vereinigung und die damit verbundenen Probleme stellten für die vereinigte Bundesrepublik eine bis dahin nie gekannte Herausforderung dar. Die Landeszentrale müsse eine Rolle spielen, hier zu einer Neuorientierung zu kommen. Bei Beratung, Aufbau und Arbeit an der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung habe „unsere Landeszentrale“ erhebliche Hilfe geleistet. Er wolle nur sagen, daß die Multiplikatoren in den letzten Jahren von 50000 auf 80000 erhöht worden seien. Als dritten großen Bereich der Bemühungen der Landeszentrale nannte der Minister den Rechtsextremismus, Gewalt und Ausländerfeindlichkeit. Die politische Bildung habe

versucht, informierend und aufklärend zu wirken und zu einer aktiven Auseinandersetzung mit den Problemen des Rechtsextremismus anzuregen. Sie habe dabei insbesondere mit dem Landesforum zur Bekämpfung rechtsextremistischer Tendenzen bei Jugendlichen in NRW zusammengearbeitet. Die Landeszentrale werde diese Arbeit so lange wie erforderlich fortsetzen. Zum Erhalt der pluralistischen Weiterbildungsstruktur an Rhein und Ruhr meinte der Minister, die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte bringe besondere Probleme für die politischen Bildungseinrichtungen mit sich. Die Landeszentrale versuche, dem durch eine möglichst flexible Förderung nachzukommen, sei aber ohne strukturelle Grundentscheidungen auf Dauer nicht imstande, die Garantie für das Weiterbestehen dieser Struktur zu übernehmen.

### Grundinformationen

Bei der Aussprache berichtete der Leiter der Landeszentrale, Dr. Günther Wichert, auf die Frage der stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Ruth Hieronymi, in welchem Umfang im Zuge der deutschen Vereinigung Hilfe geleistet und wie sie sich bewährt habe, von dem kaum zu befriedigenden Bedarf an politischer Bildung und den entsprechenden Informationen in Brandenburg und Randbereichen. Man habe alle, so gut es ging, zu bedienen versucht. Er denke, daß die erste Phase der Grundinformation in diesem Jahr abgeschlossen werden könne. In der zweiten Phase würden dann gezielt Informationen abgegeben, um vor allem neue Geschichts- und Politiklehrer für ihre Aufgabe fit zu machen. Zur Frage von Reinhard Grätz nach der „Tiefenwirkung“ merkte Wichert an: „Wir sind

subsidiär tätig.“ Man unterstütze Multiplikatoren. Von der Landeszentrale würden Anstöße, aber keine flächendeckende Aufarbeitung erwartet.

Auf die Frage der Parlamentarischen Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Birgit Fischer, ob sich durch die Deutsche Einheit eine strukturelle Veränderung der Arbeit der Landeszentrale ergeben habe, meinte Wichert, man müsse in einer neuen Situation neue Prioritäten bilden. Zum Wachstum von Klischeevorstellungen äußerte sich der CDU-Abgeordnete und Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose. Aus Gesprächen mit Menschen in West und Ost über die Vergangenheit der Diktatur habe er erfahren, daß eine differenzierende Betrachtung dringend geboten sei. Die Behandlung der Probleme werde immer wieder von Klischees bestimmt. Die Fernsehberichterstattung verstärke diese Situation noch. Nichts sei wichtiger, als daß „Begegnungen, Begegnungen und nochmals Begegnungen“ stattfänden. In diesem Zusammenhang spielt auch die „Lex Brandenburg“ eine Rolle, bei der Bewohner des Partnerlandes unter die nordrhein-westfälische Landeskinderklausel fallen. Der Ausschußvorsitzende riet, zu Beginn der nächsten Haushaltsberatungen müsse man einen ungefähren Überblick über die Wirkung der „Lex Brandenburg“ bekommen.

In der folgenden Diskussion wurde deutlich, daß sich das Bild der Parteien in der veröffentlichten Meinung verschlechtert hat. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Lothar Hegemann wollte wissen, ob die politische Bildung mit Programmen zu einem wirksameren Bild von Politik und Politikern beitragen könne. Es gebe sicher eine Menge Gründe für Politikverdrossenheit, meinte der SPD-Abgeordnete Johannes Pflug. Er erinnerte indessen auch an die allgemeine

Fortsetzung Seite 17

**Anhörung des Gesundheitsausschusses zum Entwurf des Gesetzes über den Rettungsdienst****Sorge um Verlust des ehrenamtlichen Engagements**

*Ein modernes Rettungswesen erfordert Qualifizierung sowohl der Rettungsmittel als auch des Personals. Darüber waren sich die Experten bei einer Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales unter der Leitung seines Vorsitzenden Bodo Champignon (SPD) am 27. Mai im Plenarsaal des Landtags zum Regierungsentwurf eines Gesetzes über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmer (RettG, Drs. 11/3181) einig. 700 000 Notfalleinsätze in der Bundesrepublik jährlich mit steigender Tendenz machen immer mehr Rettungsqualität erforderlich. Indessen wurden auch Sorgen laut. Hilfsorganisationen fürchten um ihr ehrenamtliches Engagement, private Unternehmen um die Aufträge für den Krankentransport. Auch die Frage, wer die Kosten für das Rettungswesen tragen soll, war zwischen den Sprechern kommunaler Spitzenverbände, Hilfsorganisationen, Krankenkasse und gewerblichen Unternehmern strittig. Einhellige Kritik wurde dagegen an der Landesregierung laut, die die Investitionsförderung von 100 auf 80 Prozent zu senken beabsichtigt.*

Zunächst kamen die Vertreter der kommunalen Spitzenorganisationen zu Wort. Für den Städtetag Nordrhein-Westfalen erläuterte Ursus Fuhrmann, man sei völlig davon überrascht worden, daß die Investitionsförderung durch das Land von derzeit 100 auf 80 Prozent gesenkt werden solle. Man sehe in dieser Kostenreduzierung einen erheblichen Einschnitt in die Funktionstüchtigkeit des Rettungswesens. Schon die Betriebskostenzuschüsse seien durch das Land permanent reduziert und auf heute Null gefahren worden. Fuhrmann bezeichnete es als wichtigsten Punkt, die Investitionsförderung bei 100 Prozent zu belassen und für die Zukunft noch Aufstockungen zuzuweisen. Zur Qualifikation des Personals auf den Krankentransportfahrzeugen meinte der Städtetagsprecher, vorgesehen sei eine Übergangsregelung. Ab 1996 sollten dann Rettungsassistenten eingesetzt werden. Er selbst glaube nicht, daß angesichts der nicht übergroßen Attraktivität dieses Berufes Rettungsassistenten schon ab 1996 eingesetzt werden könnten. Deshalb plädierte er für eine flexiblere Regelung im Gesetzentwurf. Dr. Franz Krämer für den Landkreistag Nordrhein-Westfalen schloß sich den Ausführungen an. „Voll identisch“, wie er sagte. Aus der Sicht der Kreise führte er noch an, daß das Personal für das Rettungswesen, für das Feuerschutzwesen und den Katastrophenschutz „in mehrfacher Hinsicht“ tätig sei. Die bisherige Qualifizierung habe sich dabei in hohem Maße als geeignet erwiesen. Kritisch merkte Krämer an Hand der Kostenentwicklung an: „Das finanzwirtschaftliche Verhalten des Landes ist in den letzten Jahren für uns nicht mehr kalkulierbar gewesen.“ Er sagte voraus, daß die Gebühren für den Rettungsdienst erheblich steigen werden.

**Grundsätzliche Zustimmung**

Für den Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebund schloß sich Dagmar Wilke ihren Kollegen „voll inhaltlich“ an. Sie bezeichnete es zum einen als sicher wünschenswert, ausgebildetes Personal gerade bei den Fortschritten auf dem Gebiet des Notfalldienstes einzusetzen. Für die Gemeinden aber entstünden Schwierigkeiten, wenn die Regelung mit dem Jahr 1996 greife. Dann werde das ehrenamtliche Engagement im Rettungsdienst zurückgehen. Man bedauere das, weil die Gemeinden gerade im kreisangehörigen Raum darauf angewiesen seien.

Das Deutsche Rote Kreuz in Nordrhein-Westfalen sei der Auffassung, daß die freiwilligen Hilfsorganisationen grundsätzlich im Rettungsdienst mitwirken sollten, stellte Dr. Hans-Joachim Meyer als Sprecher des Lan-



Der Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Bodo Champignon (l.), leitete die Anhörung zum Rettungsdienst.  
Foto: Schüler

desverbandes Westfalen-Lippe des DRK in Münster fest. Er bezeichnete den Rettungsdienst als eine öffentliche Aufgabe. Staat, Gesellschaft und der einzelne seien aufgerufen zu helfen, wo Leben bedroht sei. Meyer beklagte, das DRK habe überwiegend viele Jahre hindurch das nichtärztliche Personal für den Rettungsdienst ausgebildet, die tatsächliche Beteiligung am Rettungsdienst erfolge aber nicht in gleichem Maße. Er unterstrich, das DRK verfüge über ehrenamtliches Personal und eigene Rettungsmittel, die kostengünstig zum Einsatz gebracht werden könnten. Dieser Einsatz sei auch heute schon wirtschaftlich. Kein Interesse habe das DRK daran, unternehmerisch tätig zu werden.

Für den Landesverband Nordrhein des DRK signalisierte Dr. Karl-Heinz Feldhoff „im grundsätzlichen Zustimmung“ zum Gesetzentwurf. Er vertrat aber die Meinung, wenn der Sanitätsdienst nach dem Gesetzentwurf geregelt würde, bedeute das Einschränkungen des ehrenamtlichen Engagements. Als notwendig bezeichnete er die Qualifizierung der Einsatzfahrzeuge durch den Einsatz von Rettungsassistenten. Andererseits nannte er das ehrenamtliche Engagement „für uns zwingend“, weil nur so junge Menschen motiviert werden könnten. Feldhoff befürwortete die Möglichkeit verpflichtender Zusammenarbeit von Rettungs- und Sanitätsdienst. Grundsätzlich hielt er fest, daß Änderungen der Kostenregelungen nicht zur Verschlechterung des Leistungsstandards führen dürften und damit auch zu verminder-

ter Qualität in den Fahrzeugen. Keinen Grund sah er, vom System der einheitlichen Leitstelle abzugehen. Der Sprecher berichtete, das DRK habe in den letzten Jahren 2 700 Rettungssanitäter ausgebildet.

Mario Nowak erklärte für den Arbeiter-Samariter-Bund in Köln, seit 1975 habe sich ein leistungsfähiger Rettungsdienst beispielhaft bewährt. Es gebe eigentlich keinen Grund, bewährte Strukturen zu ändern. Nowak äußerte sich „sehr überrascht“ über die Genehmigungspflicht bei Beteiligung am Rettungsdienst. Man sei weiter interessiert an der öffentlichen Aufgabe des Krankentransports und des Rettungsdienstes und sehe sich nicht als Unternehmer.

Der Sprecher des Malteser-Hilfsdienstes in Köln, Wilderich Graf von Schall-Riacour, ging noch weiter und beantwortete die Frage nach der Genehmigungspflicht aus dem Fragenkatalog des Ausschusses „ausdrücklich mit Nein“. Er würde es begrüßen, meinte der Graf, „wenn der Staat auf uns als gleichwertigem Partner zugeht“. In einer Genehmigungspflicht sehe man indessen ein staatliches Übermaßgebot. Eine stärkere Einbindung in den öffentlichen Rettungsdienst begrüßte der Sprecher, weil dann Personal auch für andere Bereiche gewonnen und geschult werden könnte.

Die geforderte Qualifizierung des Personals auch bei dadurch fälligen höheren Ausbildungskosten wurde vom Sprecher des Hammer Landesfeuerwehrverbandes, Klaus Schneider, begrüßt. Diese Kosten

Fortsetzung Seite 17

## Ringen um die effektivste Struktur der Studentenwerke im Land NRW

### Grüne Fraktion will die Rechtsform von Anstalten öffentlichen Rechts festschreiben

*Der Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN zur Änderung des Gesetzes über die Studentenwerke (Drs. 11/2169) wurde am 21. Mai vom Ausschuß für Wissenschaft und Forschung, der unter Vorsitz des Abgeordneten Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) tagte, mit den Stimmen der SPD und CDU gegen die Stimmen der F.D.P. und der Grünen abgelehnt. In Verbindung damit faßte der Ausschuß auf Antrag der SPD-Fraktion folgende Beschlüsse: Er begrüßt den von der Arbeitsgruppe „Studentenwerke“ vorgelegten Bericht (Vorlage 11/1066). Er sieht darin eine geeignete Grundlage für eine Neustrukturierung der Studentenwerke zu mehr Wirtschaftlichkeit und Selbstverantwortung bei der Wahrnehmung ihres sozialen Auftrages. Diese Feststellung wurde einstimmig bei Stimmenthaltung der Grünen getroffen. Außerdem wird die Landesregierung gebeten, auf der Grundlage dieses Berichtes einen Gesetzentwurf zur Änderung des Studentenwerksgesetzes vorzulegen. Ergänzend zu den Vorschlägen der Arbeitsgruppe „Studentenwerke“ wird die Landesregierung um Vorschläge gebeten, wie die Entscheidung über die Festsetzung des jeweiligen Sozialbeitrages eines Studentenwerkes auf eine breitere Grundlage gestellt werden kann. Außerdem sollte präzise geklärt werden, an welchen Kriterien sich die jährliche Anpassung des Landeszuschusses für die Studentenwerke orientieren soll. Dieser Beschluß wurde mit den Stimmen der SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimmen der Grünen angenommen.*

Mit ihrem Gesetzentwurf wollte die Fraktion DIE GRÜNEN die strukturellen Rahmenbedingungen der Studentenwerke ändern, ihre Selbstverwaltung und Entscheidungsfähigkeit stärken und ihnen mehr Finanzautonomie einräumen, ohne das öffentliche Interesse an einer preisgünstigen Versorgung der Studierenden mit sozialen und wirtschaftlichen Dienstleistungen zu beeinträchtigen. Die Novellierung, so die Grünen, ergäbe sich auch als Schlußfolgerung aus der vom Ausschuß für Wissenschaft und Forschung am 21. Februar 1991 durchgeführten umfangreichen Anhörung zur Situation der Studentenwerke. Das Ministerium für Wissenschaft und Forschung hatte wiederum eine Arbeitsgruppe „Studentenwerke“ gebildet, die sich mit den Konsequenzen aus dem vom Ausschuß durchgeführten Hearing zu befassen hatte.

Diesen Bericht hatte der Ausschuß in seine Beratungen über den Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN einbezogen und auch Vertretern dieser Arbeitsgruppe Gelegenheit zur mündlichen Stellungnahme vor dem Ausschuß gegeben. Im Bericht der Arbeitsgruppe sind im wesentlichen folgende Empfehlungen ausgesprochen: Beibehaltung der bisherigen Rechtsform (Anstalt des öffentlichen Rechts), Umstellung des bisherigen Fehlbedarf-Finanzierungssystems auf eine Festbetrags-Finanzierung, eigene Entscheidung über die Höhe der Sozialbeiträge, veränderte Leitungsstruktur (relativ kleiner Verwaltungsausschuß als zentrales Leitungs- und Aufsichtsgremium).

Bei der abschließenden Beratung stellte die Fraktion der CDU (durch ihren Sprecher Prof. Dr. Horst Posdorf und Ausschußmitglied Dr. Andreas Lorenz) fest, daß sie an ihrem Vorschlag einer Gesetzesänderung mit gemeinnütziger GmbH-Lösung grundsätzlich festhalte, weil diese mehr Vorteile biete. Die im Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN enthaltenen Zielsetzungen seien nicht ausreichend und erbrächten nicht die notwendige Effizienz. Wenn die CDU-Fraktion den Beschlußvorschlägen der Fraktion der SPD die Zustimmung erteile, gehe dies in erster Linie auf den Bericht der Arbeitsgruppe „Studentenwerke“ zurück. Die Landesregierung sollte möglichst viele Elemente einer praxisnahen effektiven Arbeit

auf privatrechtlicher, gemeinnütziger Basis in ihren künftigen Gesetzentwurf hineinbringen.

Der Sprecher der SPD-Fraktion, Rudolf Apostel, konstatierte Übereinstimmung bei den Fraktionen in der Frage der Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Studentenwerke. Hinsichtlich der Rechtsform, zu der unterschiedliche Auffassungen beständen, präferiere die SPD-Fraktion die von der Arbeitsgruppe vorgeschlagene Anstaltslösung. Die Entscheidung über so wichtige Fragen wie die Festlegung von Sozialbeiträgen, sollte besser auf breiterer Ebene als von der Arbeitsgruppe vorgeschlagen, getroffen werden.

Letzterem pflichtete auch Joachim Schultz-Tornau für die Fraktion der F.D.P. bei, der

sich ebenfalls dafür aussprach, solche strittigen Entscheidungen letztendlich dem Verwaltungsrat und nicht dem Verwaltungsausschuß zu überlassen. Der Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN sollte nicht abgelehnt werden, da dessen Gedanken und Ziele durchaus in den Gesetzentwurf der Landesregierung eingebracht werden könnten. Die F.D.P. werde der Ablehnung des Gesetzentwurfs daher nicht zustimmen, wengleich der Bericht der Arbeitsgruppe eine gute Grundlage für die Entwicklung eines Gesetzentwurfs darstelle.

### Festbetragsfinanzierung

Stellvertretendes Ausschußmitglied Dr. Katrin Grüber (DIE GRÜNEN) bezeichnete die von der SPD-Fraktion vorgelegten Beschlußvorschläge als nicht zustimmungsfähig. Zum Gesetzentwurf der Grünen habe es im Bericht der Arbeitsgruppe Übereinstimmungen – so im BAFÖG-Bereich –, aber auch Unterschiede gegeben. Die Beibehaltung der Rechtsform „Anstalt des öffentlichen Rechts“ sei folgerichtig. Die Festbetragsfinanzierung werde als problematisch eingestuft, da den Entwicklungen hierdurch nicht im erforderlichen Maße Rechnung getragen werden könne. Die dem Verwaltungsausschuß eingeräumte Entscheidungskompetenz sei nicht gerechtfertigt.

Nach Abschluß dieser Gesetzesberatung befaßte sich der Ausschuß unter anderem auch mit dem Antrag der F.D.P.-Fraktion zur Gründung einer Export-Akademie in NRW (Drucksache 11/3085). Dieser Antrag wurde nach erfolgter Aussprache mit den Stimmen der SPD, CDU und Die Grünen gegen die Stimme der F.D.P. abgelehnt.

## Büssow: Bedauern über das Ergebnis des dänischen Europa-Referendums

*Das Ergebnis des dänischen Europa-Referendums setze ein wichtiges Signal für eine umfassende europapolitische Diskussion, betonte der Vorsitzende des Unterausschusses „Europapolitik“ des Landtags Nordrhein-Westfalen, Jürgen Büssow (SPD). Das noch vorhandene Demokratie-Defizit belaste offensichtlich den politischen Integrationsprozeß der EG. Darauf habe der Landtag von Nordrhein-Westfalen immer wieder hingewiesen.*

Allerdings dürfe die Ratifizierung der Mastrichter Verträge jetzt nicht scheitern. Es müßten Wege gefunden werden, wie den Dänen ein Ja zu Maastricht erleichtert werde. Einen richtigen Hinweis gebe der Deutsche Industrie- und Handelstag, wenn er verlange, auf dem bevorstehenden EG-Gipfel in Lissabon eine Zusatzklärung zu Maastricht zu verabschieden, in dieser solle festgeschrieben werden, „so viel Politik wie möglich bürgernah und auf der kleinsten Verwaltungsebene zu betreiben“.

Das dänische Abstimmungsergebnis zeige aber auch, daß den Menschen eine immer anonymere werdende europäische Super-Institution, die erkennbar von Bürokraten dominiert werde und deren demokratische Kontrolle nicht hinreichend funktioniere, nur schwer vermittelbar sei.

Büssow: „Wir müssen aufpassen, daß Europa sich nicht als demokratischer Irrweg erweist. Noch ist Zeit, zu Klarstellungen und Korrekturen zu kommen.“ Um so wichtiger

werde die Vitalisierung des Subsidiaritätsprinzips im politischen Alltag.

In diesem Zusammenhang erinnerte Büssow an die von Teilnehmern des Europa-Forums am 28. Juni 1991 verabschiedete „Düsseldorfer Europa-Erklärung“, in der für eine Föderalisierung der Europäischen Gemeinschaften plädiert wurde: „Die regionalen Parlamente sichern eine bürgernahe, demokratische Willensbildung. In einem verfassungsrechtlich vereinten und somit größeren Europa kann dem Regionalparlament eine besondere Mittlerfunktion bei der Umsetzung und Akzeptanz von EG-Recht zukommen.“ Es komme deshalb darauf an, sowohl die Rechte des Europäischen Parlaments deutlich zu verstärken als auch den Regionen die Aufgaben zu belassen, die sie besser und bürgernäher als die europäischen Institutionen erledigen können. Dies alles sei vor allem auch notwendig, um beitragswilligen Staaten den Weg nach Europa nicht zu verbauen.

## Grubenausschüsse des Saarlands und von NRW tagten gemeinsam in Saarbrücken

Der Besuch des Ausschusses für Grubensicherheit des NRW-Landtags in Saarbrücken vom 21. bis 23. Mai schloß auch eine Besichtigung der Hauptrettungsstelle der Saarbergwerke AG in Friedrichsthal und des Modellkraftwerks Völklingen-Fenne (Wirbelschichtfeuerung, Kraft-Wärme-Kopplung) ein. Der stellvertretende Vorsitzende des Düsseldorfer Ausschusses Hermann Kampmann (CDU) brachte aus der Herzchirurgie Bad Oeynhausen Grüße des genesenden Vorsitzenden mit, während der Vorsitzende des Saarbrücker Ausschusses Hans Albert Lauer (SPD) an den letzten Besuch von Düsseldorfer Kollegen im Jahre 1986 erinnerte. Mit den Fachleuten des größten saarländischen Bergbauunternehmens und der Bergbaubehörden sowie der Gewerkschaft erörterten die Abgeordneten Sicherheitsfragen und, der ihnen vom Landtag übertragenen Aufgabe entsprechend, auch den Stand der Technik in der Kohleförderung und -verstromung.

Für fünf Standorte der Steinkohlenförderung, zwei Kokereien und drei Kraftwerke teilte Saarberg-Direktor Werner Extenbrink Zahlen und Daten des größten Kohle-, Strom- und Fernwärmeproduzenten mit. Gemäß Vereinbarung der Bonner Kohlerunde soll die jährliche Kohleförderung bis 1995 von derzeit 9,4 auf 8,2 Millionen Tonnen und die Belegschaft von 18800 auf 16100 reduziert werden. Die Leistung pro Mann und Schicht soll auf 7,5 Tonnen gesteigert werden. Auch die Verstromungskapazitäten, die bedeutende Stromlieferungen „ins Reich“ erlauben, werden ausgeweitet. Ein neuer 800-Megawatt-Kraftwerksblock werde 1500 Arbeitsplätze im Bergbau sichern, erklärte Extenbrink.

In der Hauptrettungsstelle Friedrichsthal sind alle Fachdienste des Grubenrettungswesens für den saarländischen Bergbau, die Stromwirtschaft sowie für die Erdöl- und Erdgasgewinnung in Rheinland-Pfalz zusammengefaßt. Mit der Unfallentwicklung sind die Fachleute aus beiden Bundesländern nicht zufrieden. Für die Saarberg-Kraftwerke hielt Sicherheitsingenieur Spark die Zahlen nach wie vor für zu hoch. Hauptursache sei der Mensch bzw. dessen „Dusseligkeit“. Durch Ab- und Ausrutschen, Stolpern und Stoßen komme es zu Bänderverletzungen mit Ausfällen bis zu einem halben Jahr. Schon ein leichter Unfall koste den Betrieb 10- bis 20000 Mark. Im Durchschnitt fielen von den 600 Leuten einer Schicht 30 aus, davon zwei durch Unfälle.

Zur Vermeidung von Unfällen werden aufwendige Schulungen mit Erfolg durchgeführt. In die Unfallstatistiken gehen jedoch

### Landtag des Saarlands

Mit 2600 Quadratkilometern Fläche und etwas mehr als einer Million Einwohnern ist das Saarland nach Bremen das zweitkleinste Bundesland. In den Landtag des Saarlands wurden 1990 30 SPD-Abgeordnete, 18 der CDU und drei der F.D.P., zusammen 51 Abgeordnete, gewählt. Außer dem Grubenausschuß verbindet den Landtag des Saarlands der Kölner Architekt Julius Raschdorf, der nicht nur das frühere Landtagsgebäude in Düsseldorf, das Ständehaus, sondern auch das klassizistische Landtagsgebäude an der Saar entwarf.

## Besucher aus 36 Ländern der Erde im Modellkraftwerk Völklingen



Der bei der Entschwefelung von Kohlekraftwerken in großen Mengen anfallende Gips wird in Völklingen weiter bearbeitet und brikettiert, um anschließend an die Gipskartonplatten-Fertigung verkauft zu werden, im Bild Mitglieder des Grubenausschusses in der Gipsfabrik, vorn v.r.: Friedel Meyer (F.D.P.), Gunther Sieg (SPD), stellvertretender Vorsitzender Hermann Kampmann (CDU), Betriebsdirektor Hans-Karl Petzel (Kraftwerk Völklingen-Fenne) und Wolfgang Jaeger (CDU).  
Foto: Gunther Sieg

auch andere Faktoren ein, wie die Ausführungen eines Vertreters des Oberbergamtes für das Saarland und Rheinland-Pfalz zeigten. Nach Einführung des „Durchgangsarztverfahrens“ im Steinkohlenbergbau ab Januar 1991 habe sich die Zahl der „normalen“ meldepflichtigen Unfälle drastisch erhöht, während die Zahl der Schonplatz-Unfälle stark abgenommen habe. Als „Schonplatz-Unfälle“ werden leichtere Verletzungen registriert, die eine Weiterbeschäftigung mit leichteren Arbeiten möglich machen.

Die von Betriebsdirektor Hans-Karl Petzel geleitete Führung durch das Modellkraftwerk Völklingen-Fenne mit Wirbelschichtfeuerung und Kraft-Wärme-Kopplung beeindruckte zum einen durch die gezeigten Anlagen selbst, zum andern durch die auch den Laien verständlichen technischen Erklärungen. Schon 1977, als es noch keine Grünen und keine Bonner Umweltschutzgesetzgebung gab, wurde das Modellkraftwerk

geplant und 1982 in Betrieb genommen. Die neuen Technologien (für höheren Wirkungsgrad durch Kombination von Gas- und Dampfturbine, Verbrennung hochballasthaltiger Steinkohle im Wirbelschichtfeuerungungsverfahren, bei geringem Stickstoff-Ausstoß, Rauchgasentschwefelung im „schornsteinlosen Kraftwerk“) ziehen seit zehn Jahren Fachleute aus 36 Ländern der Erde an. Daß der insoweit vielbeschäftigte fremdsprachenkundige Betriebsdirektor dennoch Zeit für die Düsseldorfer Abgeordneten aufbrachte, wurde dankbar vermerkt, insbesondere im Hinblick auf einen schweren Zwischenfall in der Produktion während des Besuchs. Abgeordneter Kampmann lobte das auch für Kurzbesucher wahrnehmbare gute Klima im Werk und dankte zum Abschluß des gesamten Programms beim Empfang durch die Landtagsvizepräsidentin Roswitha Hollinger besonders „für das großartige Geschenk von Zeit“, das den Düsseldorfern entgegengebracht worden sei.



Dekontaminierung eines Gastransport-Unfallretters in der Hauptrettungsstelle Friedrichsthal. Das vergiftete Wasser wird in dem transportablen Becken aufgefangen und anschließend entsorgt.

## Wirtschaftsausschuß informierte sich in Polen und Ungarn über Außenhandel

# Hier Lähmung, dort Dynamik beim Aufbau gesunder Wirtschaft

*Eine Kommission des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landtags Nordrhein-Westfalen führte unter Leitung des Ausschlußvorsitzenden Dr. Jürgen Schwericke (CDU) an jeweils drei Tagen vom 14. bis 20. Mai wirtschaftspolitische Besprechungen in Polen und Ungarn.*

Gesprächspartner in dem dichtgedrängten Programm waren — neben den deutschen Botschaftern in Warschau und Budapest und dem deutschen Generalkonsul in Breslau — in Warschau jeweils hochrangige Repräsentanten des Außenwirtschaftsministeriums, des Ministeriums für Industrie und Handel, des Wirtschaftsausschusses des Sejm und der Polnischen Wirtschaftskammer, in Breslau der polnischen Außenhandelskammer und der Wojwodschaft, in Budapest des Ministeriums für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, des Industrie- und Handelsministeriums, des Wirtschaftsausschusses des ungarischen Parlaments, der Ungarischen Wirtschaftskammer sowie die Geschäftsleitung der Firma Messer Griesheim, Budapest.

In Budapest nahmen die Abgeordneten außerdem noch an der offiziellen Eröffnung der Budapester Frühjahrsmesse — besonders im Hinblick auf die starke Beteiligung der NRW-Wirtschaft an der Messe — durch den ungarischen Wirtschaftsminister teil. Gegenstand der Gespräche waren neben den laufenden marktwirtschaftlichen Umstrukturierungsprozessen in der dortigen Wirtschaft vor allem auch die Export- und Kooperationsmodelle im Hinblick auf die Einbindung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft.

Denn ungeachtet aller Schwierigkeiten bei der wirtschaftlichen Umgestaltung ist der Osthandel nach wie vor von erheblicher Bedeutung für NRW. So hat auch die Landesregierung einen Bürgschaftsrahmen zur Förderung der Investitionstätigkeit nordrhein-westfälischer Unternehmen in der CSFR, Polen und Ungarn eingerichtet. Daneben gibt es weitere vielfältige Kooperationsmaßnahmen zwischen Nordrhein-Westfalen und diesen Staaten. Ausreichende Information ist auch wegen der

bevorstehenden Assoziation der Länder mit der EG von ganz besonderer parlamentarischer Bedeutung.

Die Gesprächspartner auf polnischer und ungarischer Seite waren bemüht, zu allen Fragen Informationen zu geben und auch über schwierige Probleme offen zu diskutieren.

Kernpunkt der Gespräche in beiden Ländern war die wirtschaftliche Lage. Die politischen Instanzen in Polen und Ungarn legten Wert darauf, bei allen durch den Umbruch bedingten Schwierigkeiten die Chancen beider Seiten für eine künftige Zusammenarbeit und eine Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen deutlich zu machen.

Nach den zahlreichen Gesprächen ist der Eindruck entstanden, daß die Ausgangslage in Polen erheblich schwieriger ist als in Ungarn, wo die politischen Rahmenbedingungen für außenwirtschaftliche Beziehungen und ausländische Investitionen weit weniger problematisch sind. In Polen dürfte der Ausgang der letzten Wahl und die damit verbundene politische Instabilität hemmend wirken.

In Breslau und Budapest konnten sich die Abgeordneten über die Projekte des NRW-Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie im Bereich der Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften in Gesprächen mit Kursteilnehmern und Betreuern ausführlich informieren. Mit diesem Programm soll Hilfe für einen praxisbezogenen Management-Know-how-Transfer gegeben werden, damit — neben neuen Kontakt- und Kooperationsmöglichkeiten für nordrhein-westfälische Unternehmen — dazu beigetragen wird, dringend erforderliche Qualifizierungsprozesse unmittelbar in den polnischen und ungarischen Betrieben zu initiieren. Gleichzeitig soll dazu beigetragen werden, den marktwirtschaftlichen und

demokratischen Aufbauprozeß stabilisieren und verfestigen zu helfen.

Die sich aus den in aller Offenheit geführten Gesprächen ergebende wirtschaftliche Lage der Republiken Polen und Ungarn werden einige Daten verdeutlichen:

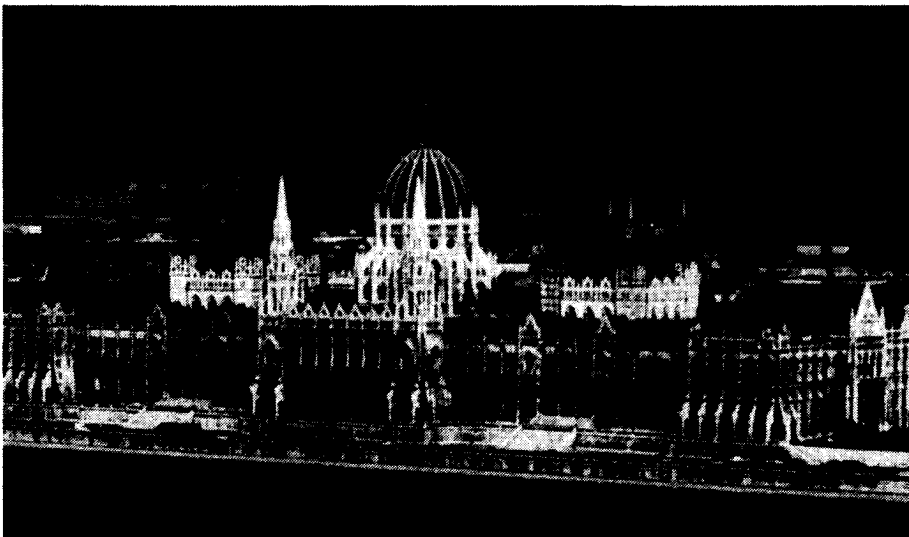
Nachdem die Regierung Bielecki die 1990 in Polen eingeleitete Wirtschaftsreform zunächst konsequent fortsetzen konnte (Abbau der Subventionen, Privatisierung, Joint-Venture-Gesetz usw.), geriet die Politik Bieleckis und seines Finanzministers Balcerowicz im Zuge der sich vertiefenden Rezession wegen der sozialen Kosten unter zunehmenden öffentlichen Druck und stieß auf wachsenden Widerstand im Sejm. Im Wahlkampf im Herbst 1991 wurde vollends deutlich, daß das vor allem auf Inflationsbekämpfung und konsequente Privatisierung ausgerichtete Programm der bisherigen Regierung nicht länger mit breiter Unterstützung rechnen konnte. Dementsprechend hat die aus den Wahlen hervorgegangene Regierung Olszewski, wiewohl sie sich grundsätzlich zu einer energischen Fortsetzung des Reformkurses bekennt, in ihrem jetzt vorgelegten Wirtschaftsprogramm einige Akzentverschiebungen vorgenommen. Demnach sollen Investitionen und Exporte durch Kredite gefördert, Importe und Konsum gedrosselt werden.

Auf der Grundlage der vorliegenden wirtschaftlichen Eckdaten für 1991 zog die Regierung ein recht düsteres Resumé in ihrem Bericht über die Lage der Nation im Februar 1992. Während die Inflation, die Staatsverschuldung und die Arbeitslosigkeit bis zum Jahresende kontinuierlich zunehmen, sind Bruttosozialprodukt, industrielle Produktion und Investitionen immer weiter zurückgegangen.

In Ungarn zeigen die Reformbemühungen der jüngsten Zeit erste Ergebnisse in der erfolgreichen Bewältigung unvorhersehbarer externer Schocks (Reduzierung sowjetischer Erdöl- und Stromlieferungen zeitgleich mit Golfkrise und Ölpreiserhöhungen, Verlust von Märkten infolge Golfkrieg und Zusammenbruch des RGW-Handels insbesondere mit SU und Ostdeutschland, Dürrekatastrophe in der Landwirtschaft).

Eindrucksvolle Exporterfolge unter schwierigsten Bedingungen wurden ermöglicht durch Einschränkungen des privaten Verbrauchs, drastische Reduzierung der Rubelexporte, die gelungene Umleitung der Handelsströme vor allem in die EG und die zunehmende Beteiligung dynamischer kleiner und mittlerer Unternehmen. Eine starke Zunahme der Deviseneinlagen Privater verweist auf Erfolge des wachsenden Dienstleistungssektors. Darüber hinaus lassen Ansätze in der Sanierung der Zahlungsbilanz und der Staatsfinanzen erstmals Fortschritte im Prozeß der marktwirtschaftlichen Umorientierung erkennen.

Die Zahl der Unternehmen mit ausländischer Kooperation ist 1990 von 1000 auf 5000 angestiegen, das investierte Auslandskapital wird auf eine Milliarde USD geschätzt. Deutschland führt mit 1300 Unternehmen. Der Verlust traditioneller ungarischer Märkte (RGW-Kollaps), Inflation, schleppende Privatisierung, ein schrumpfender Binnenmarkt und Rezessionserwartungen der Industrieländer haben ausländische Investitionsabsichten gebremst.



*Im Budapester Parlament, dessen eindrucksvolles Gebäude zugleich eines der Wahrzeichen der ungarischen Hauptstadt ist, berieten die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses des NRW-Landtags mit dortigen Experten über Wandel und Handel im nachkommunistischen Ungarn.*

## Österreich: Mehr Rechte für Kontrolleure öffentlicher Haushalte

Das Kontrollsystem in Österreich stand im Mittelpunkt der Gespräche, die eine Kommission des Ausschusses für Haushaltskontrolle unter Leitung des Ausschußvorsitzenden Walter Neuhaus (CDU) während einer Informationsreise Mitte Mai mit Vertreterinnen und Vertretern des Österreichischen Nationalrates sowie der Landtage von Wien, Niederösterreich, des Burgenlandes und der Steiermark unter Beteiligung von Vertretern der jeweiligen Rechnungshöfe geführt hat.

Seit Beginn dieser Legislaturperiode beschäftigt sich der Ausschuß für Haushaltskontrolle mit der Frage, wie vor dem Hintergrund steigender Ausgaben und einer Vielzahl von Zahlungsverpflichtungen die Effektivität der parlamentarischen Regierungskontrolle, die angesichts der hohen Verschuldung des Landes an Bedeutung gewinnt, optimiert werden kann.

Österreich wurde als Reiseziel ausgewählt, weil es ein vergleichbares föderatives Regierungssystem hat. Dabei ist zu bemerken, daß die Länder sogenannte „Kollegial- oder Allparteienregierungen“ haben, an denen die im Landtag vertretenen Parteien je nach Stärke an der Regierung beteiligt sind.

Unterschiedlich ist auch die Stellung des Rechnungshofes auf Bundesebene zu sehen, der organisatorisch unmittelbar dem Nationalrat unterstellt ist, aber funktional auch den Ländern zur Rechnungs- und Gebarungskontrolle zur Verfügung steht. Parallel dazu gibt es die eigenständige Finanzkontrolle der Länder, die aufgrund der Verfassungsautonomie unterschiedlich gestaltet sein kann: Nur die „Landesrechnungshöfe“ in der Steiermark, in Salzburg und in Kärnten sind als eigene weisungsfreie Institutionen eingerichtet. In Oberösterreich, Vorarlberg und Wien ist die Kontrolle organisatorisch bei den Landesverwaltungen oder in Wien bei der Gemeindeverwaltung angesiedelt. In den übrigen Ländern (Niederösterreich und Burgenland — Tirol nimmt eine Zwischenstellung ein) ist die Finanzkontrolle Aufgabe der Landtage oder der zuständigen Kontrollausschüsse, die Kontrollämter sind lediglich „Hilfsorgane“ der Landtage.

Im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen verfügen die Kontrollausschüsse damit über weitgehende Kompetenzen: Während bei uns der Landesrechnungshof autonom entscheidet, welche Prüfungen durchgeführt werden, haben die Ausschüsse oder die Landtage in Österreich das Recht, durch Mehrheitsbeschluß oder auch durch eingetragenes Minderheitenvotum, den Kontrollämtern Prüfaufträge zu erteilen. Gleiches Recht haben auch die Regierungen bzw. die einzelnen Regierungsmitglieder für ihre Zuständigkeitsbereiche; die ebenfalls in begründeten Fällen möglichen Bürgeranträge, die zum Beispiel in der Steiermark von zwei Prozent aller Wahlberechtigten gestellt werden können, spielen in der Praxis wegen der relativ komplizierten Verfahrensweise nur eine untergeordnete Rolle. Dagegen gehen in der Steiermark, wo der Rechnungshof eine andere Stellung innehat, bislang noch rund 90 bis 95 Prozent der Prüfungen auf die Initiative des Leiters des Rechnungshofes zurück — allerdings bei steigender Tendenz von Anträgen aus dem Landtag heraus.

Die Haushaltskontrolle in Österreich umfaßt

— im wesentlichen in den Ländern übereinstimmend — die Gebarungskontrolle, die Prüfung von öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten, Stiftungen und Fonds sowie von Unternehmen und Betrieben, an denen das Land beteiligt ist; bei Letzteren hängt die Prüfungsbefugnis von der Höhe des Landesanteils ab: in der Regel bei einer Beteiligung von mehr als 50, in der Steiermark dagegen schon bei einem Landesanteil von mehr als 25 Prozent. Darüber hinaus wird in Wien die sogenannte „Sicherheitskontrolle“, das heißt Prüfung gefahrensträchtiger Anlagen, und in der Steiermark die sogenannte „Projektkontrolle“ durchgeführt. Im Rahmen dieser „Projektkontrolle“ prüft der Landesrechnungshof Bedarf, Größenordnung, Herstellungskosten und Folgekosten von geplanten Vorhaben, die voraussichtlichen Kosten einen Anteil von mehr als zwei Promille des Landesbudgets überschreiten; das Prüfungsergebnis wird dem Landtag als

etwa in den unter Umständen offenzulegenden Betriebsgeheimnissen; erst mit der Berichterstattung im Plenum erfolgt die Diskussion öffentlich. Allerdings wird die Frage der Öffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit von Sitzungen in Österreich kontrovers diskutiert: die Befürworter einer offenen Debatte versprechen sich eine Unterstützung ihrer Arbeit, die Gegner befürchten, daß dadurch eine sachgerechte Arbeit kaum noch möglich sein würde.

Diskutiert wurde schließlich die auch in Österreich zunehmende Tendenz der Regierungen, „Schattenhaushalte“ zu schaffen, das heißt, bestimmte Bereiche aus dem Etat auszugliedern und sie damit möglicherweise der Kontrolle zu entziehen. Allgemein bestand die Auffassung, daß Privatisierungen aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, etwa im Straßenbau, zweckmäßig seien; zu überlegen sei allerdings, ob die Kontrollmöglichkeit eventuell durch Auflagen



Den Aufenthalt in Österreich nutzte die Delegation, um gemeinsam mit der deutschen Abordnung unter Leitung des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Phillip Jenninger (Mitte), an der jährlichen Gedenkfeier im Konzentrationslager Mauthausen teilzunehmen und im Namen der Landtagspräsidentin einen Kranz niederzulegen, der auf dem Bild von Walter Neuhaus (r.) und Hermann Jansen (l.) getragen wird.

Beratungsgrundlage für seine Entscheidung vorgelegt.

Über alle Prüfungen legen die Rechnungshöfe und die Kontrollämter — häufig mehrfach im Jahr — den Ausschüssen Berichte vor, die die einzelnen Prüfergebnisse, die Stellungnahmen der geprüften Institutionen sowie eine Bewertung dieser Stellungnahmen durch die Kontrollbehörde enthalten. Nach ausführlicher Beratung, im Rahmen derer die Ausschüsse das Recht haben, Änderungen vorzunehmen, werden die Berichte — in der Regel als Kurzfassungen — zur abschließenden Beschlußfassung in die Landtage eingebracht. Die Umsetzung der Beschlüsse wird zumeist durch die Kontrollämter überwacht.

Im Mittelpunkt der einzelnen Gespräche stand immer wieder die Frage der Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen. Sowohl im Nationalrat, als auch in den Ländern beraten die Kontrollausschüsse unter Ausschluß der Öffentlichkeit — die Gründe dafür liegen

bei der Auftragsvergabe gesichert werden könne.

Zum Abschluß der Reise stellte der Ausschußvorsitzende Walter Neuhaus fest, daß die Gesprächsergebnisse einen interessanten und wesentlichen Beitrag für die weitere Arbeit des Ausschusses zur Optimierung der Regierungskontrolle in Nordrhein-Westfalen darstellen. Er dankte allen Beteiligten für die konstruktiven Gespräche in Österreich.

### ICE-Neubaustrecke

Der Landtag hat dem Antrag der SPD-Fraktion zur ICE-Neubaustrecke Köln-Rhein/Main ohne weitere Beratung in direkter Abstimmung in der Fassung eines Änderungsantrages der F.D.P.-Fraktion zugestimmt. Die Fraktion der GRÜNEN enthielt sich der Stimme (Drs. 11/3641 und 11/3721).

## Hauptausschuß bewertet geplanten Ausgleich

# Zentral- und Leitungsstellen der Deutschen Bahn AG nach Bonn

Für das Land Nordrhein-Westfalen sei von großer Bedeutung, daß sich die Unabhängige Föderalismuskommission hinter die Vorschläge der Bundesregierung zur Verlagerung von Bundeseinrichtungen nach Bonn als Ausgleich für den Verlust von Parlament und Regierungsfunktionen gestellt habe. Das erklärte Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) vor der Bonn-Kommission des Hauptausschusses unter der Leitung des Ausschußvorsitzenden Reinhard Grätz (SPD). Bei der Sondersitzung am 3. Juni machte der Minister deutlich, für Bonn gingen rund 22 000 bis 23 000 Arbeitsplätze direkt verloren.

Clement erinnerte indessen daran, daß Bundestag und Bundesregierung dafür einen Ausgleich zugesagt hätten. Die Entscheidungen darüber seien jetzt gefallen. Insgesamt sollen nach des Ministers Angaben 7 300 Arbeitsplätze bei 16 Bundeseinrichtungen und sechs weiteren überwiegend vom Bund finanzierten Einrichtungen, an denen sich das Land noch beteiligen müsse, nach Bonn kommen. Clement zeigte sich besonders betroffen von der geplanten Verlagerung des Bundesumweltamtes nach Sachsen-Anhalt. Er wertete das jedoch als wichtiges Signal für die neuen Bundesländer. Darum habe man der Entscheidung zugestimmt. Als positiv bewertete er, daß das gesamte Bundesgesundheitsamt außer Teilen, die technisch nicht verlagert werden könnten, mit 1 300 Stellen nach Bonn verlegt werden solle.

„Für uns von erheblicher Bedeutung“ sei ferner im Rahmen der Umstrukturierung von Deutscher Reichsbahn und Deutscher Bundesbahn mit dem Ziel einer Deutschen Bahn AG, daß Zentral- und Leitungsstellen nach Bonn kommen sollen.

Bei „der zweiten Säule des Ausgleichs“ mit anderen Einrichtungen und Institutionen hat es nach den Worten des Ministers noch keine Einigung mit dem Bund über die finanzielle Verantwortung gegeben. Mit Blick auf Soforthilfemaßnahmen meinte Clement, es sei notwendig, ein positives Signal für den

Strukturwandel zu geben. Der Bund sei in der Pflicht, sich zu bewegen. Nach dem Verursacherprinzip liege die alleinige Verantwortung beim Bund. Am Schluß schloß Clement jedoch nicht aus, daß sich nach den Strukturentscheidungen für Bonn eine bessere Perspektive eröffne, „als die sie jetzt hat“.

Bei der Aussprache erinnerte der SPD-Abgeordnete Stefan Frechen daran, daß die Gemeinden in der Bonner Region bisher zu einem Drittel mit Servicefunktionen von Bonn abhängig gewesen seien. Sie müßten sich lösen und Schritte auf eine eigene Entwicklung hin unternehmen. Für die CDU-Fraktion begrüßte Ruth Hieronymi die Ergebnisse der Föderalismuskommission. Sie übte allerdings Kritik am „Umzugskarussell“, das es nicht zum Nulltarif geben werde. Sie empfahl, eine Resolution der Stadt Bonn, der Bund müsse Wort halten, zu unterstützen.

Für die Grünen wollte Dr. Michael Vesper das Ergebnis der Föderalismuskommission nicht vorbehaltlos begrüßen. Manche Verlagerung hätte er sich entschieden mutiger gewünscht. Der SPD-Abgeordnete Hans Jaax hielt Vorstellungen des Bundes, die Gemeinden mit 25 Prozent an den Strukturveränderungen zu beteiligen, nach dem Verursacherprinzip für unredlich. CDU-Sprecher Lothar Hegemann fragte, ob das Land NRW den Transrapid als Verbindung noch wolle.

## Untersuchungsausschuß

# Fragen nach Druck seitens des Investors

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß hat Ende Mai unter dem Vorsitz von Bodo Hombach (SPD) und Maria Theresia Opladen (CDU) unter anderem den Leiter der Abteilung III des Düsseldorfener Finanzministeriums, Dr. Volker Oerter, und den Geschäftsführer der Oberhausener Grundstück-Entwicklungs-Gesellschaft (GEG), den Bankjuristen Dr. Karl Ohl aus Eschborn bei Frankfurt, als Zeugen vernommen.

Dr. Oerter war Verhandlungsführer des Landes und hat den Vermerk verfaßt, in dem er im Oktober vergangenen Jahres auf Paragraph 39 der Landeshaushaltsordnung hinwies, wo die Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen von der Ermächtigung durch ein Landesgesetz abhängig gemacht wird. In Gesprächen mit der Abteilung I des Finanzministeriums sei man jedoch zu einer anderen rechtlichen Einschätzung gekommen; Oerter: „Die juristische Auffassung hat sich geändert.“ Darüber habe er den Finanzminister in einem Gespräch in der Weise informiert, daß die Risiken nach Paragraph 39 der LHO nicht mehr bestünden und ihn um die Ermächtigung gebeten, die Kaufverträge zu unterschreiben.

Was die Vorschrift der LHO angehe, daß Grundstücke von erheblichem Wert nur mit Zustimmung des Landtags veräußert werden dürften (Paragraph 64 LHO), so habe in der Abschlußphase die Gefahr bestanden, „daß der Investor abspringt, wenn es jetzt nicht zum Abschluß käme“. Das habe er als zwingenden Grund angesehen, um von der Ausnahmeregelung Gebrauch zu machen, das Grundstück für die neue Mitte Oberhausen auch ohne vorherige Einwilligung des Landtags zu veräußern.

„Ohne weiteres“, so räumte Dr. Karl Ohl als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß ein, hätte man in den Vertrag zwischen Land und GEG den Parlamentsvorbehalt aufnehmen können. Das sei als Position des Landes (Ohl: „Ich hatte den Eindruck, daß das Land mit Nachdruck dahinterstand.“) von ihm an den Investor herangetragen worden, wobei weder er, Ohl, noch der Investor, eine Vorstellung über die Zeitdauer gehabt hätten, wann dieser Vorbehalt ausgeräumt werden könne.

Auf weiteres Befragen räumte Dr. Ohl ein, dem Investor sei es zwar darum gegangen, den Kaufvertrag möglichst schnell und ohne weitere Verzögerung abzuschließen, dem Investor sei es aber nicht unbedingt darauf angekommen, daß dies noch im Jahr 1991 zu geschehen habe.

Den Vorbehalt habe er im übrigen nicht als Forderung angesehen, sondern er sei seitens des Landes mit der Frage verbunden gewesen, ob so etwas durchzusetzen wäre. Nach seinen Gesprächen mit dem britischen Investor habe er dem Land gegenüber die Gefahr der Abwendung des Investors dargestellt und dies als einen „sehr ernstzunehmenden Gesichtspunkt“ geschildert.



Russische Ärzte sind im Landtag von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (5. v.l.) empfangen worden. Die Mediziner aus Moskau und Kirow halten sich auf Einladung von Care Deutschland in der Bundesrepublik auf und absolvieren ein Praktikum am Marien-Krankenhaus in Bergisch-Gladbach. Foto: Schüler



## Landeszentrale...

Fortsetzung von Seite 10

Organisations- und Vereinsverdrossenheit. Die Leute hätten immer weniger Interesse, sich in ihrer Freizeit zu engagieren. Immer schwieriger sei es, für die Politik Leitbilder zu entwerfen.

Der SPD-Abgeordnete Helmut Hellwig vertrat die Auffassung, die politische Bildung erfasse einen wesentlichen Teil der Bevölkerung nicht mehr. Die Grünen-Abgeordnete Brigitte Schumann empfahl, die politische Bildung sollte der Politik einen Spiegel vorhalten und die Parteiengesellschaft hinterfragen. In diesem Zusammenhang berichtete Vorsitzender Grätz, seiner Erfahrung nach hätten Podiumsdiskussionen wenig Sinn. Sie brächten mehrheitlich für Teilnehmer nichts. Grätz sprach von einem „Schaukampf vor Seminarteilnehmern“. Mehr dagegen bringe ein Gespräch mit Politikern einzelner Parteien, die nacheinander stattfänden.

Ein positives Bild entwarf der CDU-Politiker Hegemann von der Politik. Er glaube nicht, daß die Bevölkerung weit weg von der Politik sei. „Es gibt nichts besseres als die repräsentative Demokratie, die wir haben.“

Zum Schluß der allgemeinen Aussprache war sich der Hauptausschuß einig, daß die Landeszentrale für politische Bildung angesichts der vielen Besuchergruppen auch im Landtag tätig werden sollte. Ohne zusätzliches Personal werde das nicht gehen, schloß Minister Clement. Aber er finde, das sei eine gute Idee. Er regte ein Gespräch mit der Verwaltung des Landtags an. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Helmut Linssen forderte, man solle die Aufgabe konkret angehen und nach der Sommerpause ein Konzept vorstellen.

## Rettungsdienst...

Fortsetzung von Seite 11

müßten im Sinne eines qualifizierteren Rettungsdienstes getragen werden. Auch die Besetzung der Rettungsfahrzeuge mit Rettungsassistenten hielt Schneider für erforderlich. Mit Sicht auf den EG-Binnenmarkt ab 1993 merkte der Sprecher an, die Qualifizierung des Personals sei in der EG unterschiedlich. Es bestehe allerdings die Tendenz, die Qualifizierung in der Bundesrepublik schrittweise auf andere Länder zu übertragen. Zu den Rettungsmitteln führte Schneider aus, eine einheitliche und integrierte Leitstelle sei dringend erforderlich. Ferner sollte der Notruf 112 im Gesetz festgeschrieben werden.

Auch der Sprecher des Düsseldorfer Landesverbandes der Johanniter-Unfall-Hilfe, Bruno Wangler, hielt grundsätzlich eine qualifizierte Regelung bei der Besetzung der

## Eltern und Schüler

Die Fraktionssprecherin der GRÜNEN, Bärbel Höhn, legt Wert auf folgende Richtigstellung: „Lehrerverbände wären gar nicht in der Lage, selbst wenn sie wollen, Eltern und Schüler vor ihren Karren zu spannen, da die selbst genau wissen, was sie wollen.“ Frau Höhn hatte unter anderem mit diesem Satz in der Debatte über eine Schulreform Stellung bezogen, über die „Landtag intern“ in Nr. 9 vom 12. Mai 1992 berichtet hat.

Krankenwagen für richtig. Er äußerte allerdings die Befürchtung, langfristig könne es zu einer Ausgliederung der ehrenamtlichen Helfer aus dem Rettungsdienst kommen.

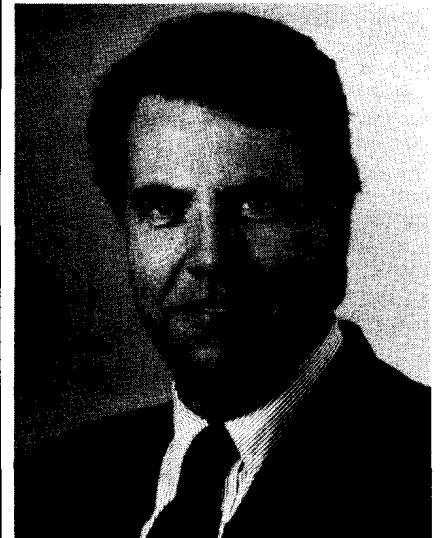
Er sei so etwas wie ein sachkundiger Bürger, erklärte der Bielefelder Krankenhausarzt und „Teilnehmer am Notfalldienst“, Karl Werner Töpler. Er begrüßte am Gesetzentwurf, daß Qualitätsstandards gesetzt würden. Für ihn sei nicht entscheidend, welche Organisationen in einem Einsatzfahrzeug mitführen, sondern welche Erfahrung vorhanden sei. Töpler befürwortete ferner die nachbarschaftliche Hilfe und empfahl, Leitstellen kreisübergreifend zu organisieren. Hinter die Forderung nach einem zentralen Bettennachweis setzte der Mediziner aus Erfahrung mit Krankenhäusern jedoch ein Fragezeichen. Wörtlich sagte er: „Ich habe da so meine Bauchschmerzen.“

Der Sprecher des Landesverbandes Rheinland der Allgemeinen Ortskrankenkasse, Horst Schumacher (Düsseldorf), unterstrich, wenn schon freiwillige Einrichtungen vorhanden seien, müsse die freiwillige Leistung in das Gesetz eingebunden werden. Einer Genehmigungspflicht bedürfe es aus Sicht der Krankenkassen nicht, meinte Schumacher. Bei entsprechender Qualifizierung sei es geradezu geboten, die freiwilligen Hilfsorganisationen einzubinden. Der Sprecher warnte davor, daß die Kassen die Folgen von planerischen Fehlentwicklungen über die Benutzergebühren mitzutragen hätten. Die Einrichtung von Rettungsdiensten sei eine öffentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge. Städte und Kreise als Träger müßten die Versorgung sicherstellen. Es verbiete sich, die Kosten des Rettungsdienstes zufälligen Nutzern aufzubürden. Sie seien aus dem Steueraufkommen zu berücksichtigen. Verlagere man die Kostenlast auf die Krankenkassen, würden Arbeitgeber und Versicherte zur Finanzierung herangezogen. Das führe unter anderem zu einem Anstieg der Lohnnebenkosten.

Für den Verband des gewerblichen Straßenpersonenverkehrs Nordrhein-Westfalen in Dortmund äußerte Klaus Rock die Vermutung, der Gesetzentwurf mache deutlich, daß die privaten Unternehmer auf Dauer aus dem Markt des Krankenverkehrs zugunsten der öffentlichen Transporteure herausgedrängt werden sollten. Das werde man nicht hinnehmen. Private Krankentransporte könnten billiger angeboten werden. Der Gesetzgeber sei verpflichtet, diese Leistungen im Interesse der Krankenkassenbeiträge anzunehmen.

Der Sprecher des Bundesverbandes Eigenständiger Krankentransporte und Sanitätärdienste in Bochum, Udo Pokowitz, sagte zu der Übertragung von Aufgaben an die Hilfsorganisationen: „Bitteschön, an uns auch!“ In weiten Bereichen Nordrhein-Westfalens würde das Krankentransportwesen ohne Private zusammenbrechen. Die Kommunen seien nicht in der Lage, den Bedarf zu decken. Die Anforderungen an das Personal im Gesetzentwurf hielt er für ausreichend, den Übergangszeitraum bis 1996 allerdings für zu kurz. Viele müßten nachgeschult werden. Daß das ehrenamtliche Engagement künftig Einschränkungen zu erleiden habe, sei nicht zu vermeiden, mutmaßte Adolf Steffens vom Berufsverband für den Rettungsdienst in Lünen. Um eine bessere Qualifikation des Personals komme man nicht umhin. Er setzte sich dennoch dafür ein, Gemeinsamkeiten im Gesetz zu unterstreichen. Der Gesetzgeber sollte durch deutliche Rechts-

## CDU-Fraktionschef Helmut Linssen wird 50



Dr. Helmut Linssen (CDU)

Dr. Helmut Linssen, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, begeht am 21. Juni 1992 seinen 50. Geburtstag. Er ist seit dem 29. Mai 1980 Abgeordneter des nordrhein-westfälischen Landtags. Dr. Helmut Linssen hat bei der letzten Landtagswahl 1990 seinen Wahlkreis 60, Kleve I, mit 51,0 Prozent direkt gewonnen. Der gebürtige Krefelder ist dort am Niederrhein, in Issum, zu Hause. Der selbständige Kaufmann im Groß- und Außenhandel hat sich seinen Schritt in die Politik vor Jahren sorgsam überlegt. In einem Porträt in „Landtag intern“ im Jahre 1987 vermerkte er nicht ohne Stolz, er lebe nicht vom Mandat. Das belegt auch sein beruflicher Werdegang. Nach dem Abitur im Jahre 1961 studierte er an den Universitäten Hamburg und München Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, legte 1968 das Staatsexamen ab und promovierte 1972 zum Dr. rer. pol. Erste politische Erfahrungen sammelte er als Kommunalpolitiker in Geldern sowie in der Mittelstandsvereinigung seiner Partei. Im Landtag war er ab 1980 Sprecher der CDU für Umwelt- und Raumordnungspolitik. Er war Vorsitzender des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Neue Heimat“ und arbeitete in weiteren Ausschüssen mit, unter anderem im Wirtschaftsausschuß sowie im Ausschuß für Jugend, Familie und politische Bildung. 1987 wurde er stellvertretender Fraktionsvorsitzender und am 15. Mai 1990 Fraktionschef. Von 1987 bis 1991 hatte er das Amt des Generalsekretärs der CDU Nordrhein-Westfalen inne. Helmut Linssen ist verheiratet und hat ein Kind.

aussagen Rechtsfrieden stiften. Es sei aber leider so, daß jede Organisation mit der Grundsatzvorstellung behaftet sei, an der Organisationsgrenze Schluß zu machen. Der Sprecher des neutralen Verbandes setzte sich dafür ein, durch Bereichsgliederung von Rettungsdienst und Krankentransport eine Harmonisierung zu schaffen.

## SPD-Fraktion

### Einheitliche Standards für EG-Stromversorgung

Die SPD-Landtagsfraktion fordert gleiche Wettbewerbschancen für die europäischen Stromversorgungsunternehmen. In einem Antrag „Den europäischen Energiemarkt gestalten“ stellt die Fraktion fest: „Die Ursache der Strompreisunterschiede in Europa liegen nicht im fehlenden Wettbewerb, sondern in unterschiedlichen Umwelt- und Sicherheitsstandards bei der Stromerzeugung sowie im unterschiedlichen Einsatz heimischer Energieträger. Eine unverzicht-

bare Voraussetzung für einen einheitlichen EG-Energiemarkt ist deshalb eine weitgehende Harmonisierung der Rahmenbedingungen auf möglichst hohem Umwelt- und Sicherheitsniveau. Hierbei ist die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips erforderlich, wie in Artikel 130r, Absatz 2 des EWG-Vertrages bereits zwingend vorgeschrieben. Nur eine unmittelbare und EG-einheitliche Anrechnung der erheblichen Risikovorsorge und Entsorgungskosten beim Atomstrom sowie der Umweltkosten bei fossilen Energien schafft gleiche Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt.“ Wie der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Ernst-Otto Stüber, weiter mitteilt, befaßt sich der Antrag auch mit der umwelt- und ressourcenschonenden Energieerzeugung.

## CDU-Fraktion

### Drastische Einbußen bei Jugendarbeit befürchtet

In der Jugendarbeit des Landes drohen drastische Einschnitte, falls die SPD-Landesregierung ihre Absicht verwirklicht, in den kommenden drei Jahren zwölf Millionen Mark im Landesjugendplan einzusparen. „Das würde das Ende für viele Ferienfreizeiten von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen, Entlassungen von fachpädagogischem Personal und die Schließung von Kinder- und Freizeitstätten bedeuten“,

schlägt der familienpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Antonius Rüsberg, Alarm. Dramatische Auswirkungen seien auch für die aktuellen Problemfelder der Jugendbetreuung zu befürchten. Maßnahmen gegen rechtsradikale Gruppen, die Integration von Kindern und Jugendlichen aus anderen Kulturen oder die Auseinandersetzung mit Gewalt gegen Mädchen und Jungen seien dann nicht mehr möglich. Arbeits- und Sozialminister Heinemann hat in einem Schreiben an mehrere Jugendverbände, darunter an den Landesjugendring, eingeräumt, daß nach den vom Kabinett gebilligten Kürzungen kaum neue Impulse für die Förderung der Jugendarbeit entwickelt werden könnten: „Vor diesem Hintergrund

★ Die SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag hat sich gegen den Bau der A 44 zwischen Velbert und der A 1, der sogenannten DüBoDo, ausgesprochen. In einer ausführlichen Diskussion des vom Landesverkehrsminister in Auftrag gegebenen Gutachtens teilte die Fraktion die ablehnende Haltung der betroffenen Gemeinden. Die für die DüBoDo vorgesehene Trassenführung sei weder sozial- noch umweltverträglich, erklärte die SPD-Fraktion. Diese Autobahn belaste einen wichtigen Freiraum im Süden des Ruhrgebietes, der geschont werden müsse. Deshalb fordert die SPD-Landtagsfraktion, daß die durch den Bundesverkehrsminister vorgeschlagene DüBoDo zwischen Velbert und A 1 nicht in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wird.

wurde entschieden, die fachlichen Überlegungen zur Weiterentwicklung des Landesjugendplans zunächst einmal zurückzustellen“, heißt es in dem Schreiben. Rüsberg appelliert an die SPD, diese Politik des „Rotstifts auf dem Rücken der Schwächsten unserer Gesellschaft“ nicht zu billigen, sondern zum gemeinsamen Beschluß des Jugendausschusses vom 28. November 1991 zu stehen und den Landesjugendplan finanziell so auszustatten, daß die Träger der Jugendhilfe weiterhin kontinuierlich arbeiten können. Rüsberg: „Auch Ministerpräsident Rau muß jetzt Farbe bekennen, ob er noch zu seiner Regierungserklärung vom Mai 1990 und der dort geforderten Weiterqualifizierung der Jugendarbeit steht.“

## F.D.P.-Fraktion

### Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen

Das durch den Streik im öffentlichen Dienst geschärfte Bewußtsein der Öffentlichkeit, in welch weiten Aufgabenfeldern der öffentliche Dienst an den Schaltstellen der Gesellschaft sitzt, ohne daß es sich um hoheitliche Aufgaben handeln muß, nimmt die F.D.P.-Landtagsfraktion zum Anlaß, mit einer weit angelegten Privatisierungskampagne alle derzeit durch den öffentlichen Dienst eingenommenen Aufgabenfelder auf deren Privatisie-

rungsmöglichkeit hin abzuklopfen. Mit einem Antrag „Privatisierung öffentlicher Leistungen“ ist die F.D.P.-Landtagsfraktion in das Plenum des Landtages gegangen, um eine Kommission aus Landtag, Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden zu bilden, die einerseits die Beteiligung des Landes an privaten Unternehmen überprüfen soll, andererseits ob und in welchem Umfang sich bisher überwiegend öffentlich-rechtlich ausgeübte Aufgaben für eine Übertragung an private Unternehmer oder Angehörige freier Berufe eignen. Als Aufgabenfelder werden genannt: Staatshochbau, Abfall- und Abwasserbeseitigung, Energieversorgung, Verkehrsunternehmen, Krankenhäuser, Rettungsdienste, Wachdienste, Personen- und Objektschutz, Sparkassen u. v. a. m. Die

Kommission soll dem Landtag bis zum 31. Dezember 1992 einen Vorschlag vorlegen. Ebenso als Folge der Tarifaueinandersetzungen im öffentlichen Dienst soll nach Vorstellung der F.D.P. der Landtag als Haushaltsgesetzgeber bei den Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes in Zukunft mitwirken. Deshalb begehrt die F.D.P.-Landtagsfraktion eine gutachterliche Überprüfung, wie ein Mitwirkungsrecht des Haushaltsgesetzgebers sichergestellt werden kann. Die F.D.P. sieht eine Aushöhlung des Budgetrechtes des Landtages, wenn das Parlament die Tarifvereinbarungen im öffentlichen Dienst im Ergebnis nur noch nachzuvollziehen hat.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Abgeordnete Schumann zieht aus Schul-Sondersitzung aus

Da gehen betroffene Eltern, Lehrerinnen, Lehrer, Schülerinnen und Schüler mehrfach auf die Straße, da planen ganze Lehrerkonferenzen aus Protest den „Dienst nach Vorschrift“ und müssen deshalb das nächste Schuljahr mit schwerwiegenden Streichungen pädagogisch sinnvoller Maßnahmen beginnen, und da ist die einhellige Meinung der Expertenanhörung im Landtag vom 20. Mai 1992 zu dem Handlungskonzept der Landesregierung vernichtend bis ablehnend — doch all das scheint den Kultusminister nicht zu berühren. Er zieht sein Kon-

zept durch. Nicht einmal Anstandsfristen werden eingehalten. Der Schulausschuß sollte im Schnellverfahren entscheiden, und er tat mit den Stimmen der Mehrheitsfraktion, was Schwierigkeitsauftrag. Am 2. Juni 1992 beschloß er den Verordnungsentwurf der Landesregierung zum Schulfinanzgesetz, also das Handlungskonzept zur Umsetzung des Kienbaum-Gutachtens. Das Anliegen der Opposition an diesem Tage, angesichts der massiven Einwände und der geringen Zeit seit dem Anhörungstermin nur zu beraten, nicht gleich zu entscheiden, wurde abgeschmettert. Was kann da eine Abgeordnete noch erreichen? Die schulpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion, Brigitte Schumann, zog die Konsequenz und aus der Sondersitzung des Schulausschusses aus. Damit protestierte sie gegen einen Umgang mit dem Handlungskonzept der Landesregierung, der sich nur als parlamenta-

rische Farce bezeichnen läßt. Dem entspricht, daß die vom Kultusminister selbst vorgelegten Veränderungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf nur marginal sind. Der Bildungsabbau wird so nicht verhindert. Es bleibt bei den reinen betriebswirtschaftlichen Rationalisierungsmaßnahmen. Die immer nötiger werdende individuelle Förderung wird eingeschränkt, Unterrichtsausfall wird legalisiert, alles, was an der Schule noch Spaß macht, wird zerstört. Die Folgen erleben jetzt die Betroffenen in den Schulen, später wird die ganze Gesellschaft daran zu tragen haben. Die Grünen werden deswegen in ihrer Unterstützung der Aktivitäten gegen den Bildungskahlschlag nicht nachlassen. Brigitte Schumann: „Jetzt kann nur noch eine Verstärkung des außerparlamentarischen Drucks die Landesregierung zum Einlenken in dem von ihr verschuldeten Schulstreit bewegen.“

## Bundesverdienstkreuz für Franz Skorzak

Mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse, das ihm der Bundespräsident verliehen hat, ist der CDU-Landtagsabgeordnete Franz Skorzak ausgezeichnet worden. Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose überreichte den Orden bei einer Feierstunde an den scheidenden Landrat des Kreises Borken im Borkener Kreishaus. Vizepräsident Klose sagte in seiner Laudatio, Skorzak habe sich gleichsam „vom Mann der Werkbank zum Mann der Politik“ entwickelt. Besonders hob er dessen Verbindung zur katholischen Soziallehre hervor. Gerechtigkeit sei für Franz Skorzak stets mehr „als die Verwirklichung von Gesetzen“ gewesen. „Ohne Verbissenheit, immer mit Toleranz den Mitmenschen gegenüber“, habe er sein Amt als Landrat ausgeübt, würdigte der erste stellvertretende Landrat, Heinz Cierpa (SPD), Skorzaks Verdienste. Der neue Landrat des westmünsterländischen Kreises, Gerd Wiesmann (CDU), erinnerte daran, daß Franz Skorzak zukunftsweisend die Zusammenführung der Altkreise Ahaus und Borken nach der kommunalen Neugliederung 1975 bewältigt habe. Der ehemalige DGB-Kreisvorsitzende Skorzak war seit 1975 Landrat im Kreis Borken. Dem Landtag Nordrhein-Westfalen gehört er seit 1985 an. Er ist Mitglied des Ausschusses „Mensch und Technik“ sowie des Wirtschaftsausschusses. Der Politiker Skorzak ist verheiratet und hat vier Kinder.



Franz Skorzak (CDU)

### LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe  
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,  
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304 und 884 2545, btx: # 568 01\*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschöeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Roland Grzelski (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Trittsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

## Porträt der Woche



Dr. Rolf Hahn (CDU)

Anders als manche junge Kollegen, die unmittelbar nach dem Studium den Entschluß fassen, „jetzt werde ich Politiker“, und dann karrierebetont nach Mandat und Ämtern streben, schuf sich Rolf Hahn zunächst eine berufliche Existenz und gründete eine Familie. Als sogenannter Seiteneinsteiger trat der gebürtige Kölner erst mit 41 Jahren in die CDU ein und stieg dann relativ schnell auf der politischen Erfolgsleiter nach oben. Heute ist er Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises und Landtagsabgeordneter seiner Partei. „Als meine drei Söhne in weiterbildende Schulen wechselten, sagte ich mir, jetzt kannst du dich engagieren.“

Der Christdemokrat, Jahrgang 1937, studierte nach dem Abitur Rechtswissenschaften an den Universitäten Köln und Freiburg. Nach beiden juristischen Staatsprüfungen wurde er Staatsanwalt in seiner Geburtsstadt Köln. 22 Jahre lang, bis zu seinem Einzug in den nordrhein-westfälischen Landtag 1990, vertrat der promovierte Jurist die Anklage in politischen Verfahren und in Strafsachen gegen das Presserecht. „Die politischen Sitten sind rauher geworden, und die Grenze, wo die Beleidigung beginnt, hat sich deutlich verschoben“, resümiert heute bedauernd Rolf Hahn.

Bereits ein Jahr nach Parteieintritt wurde er Mitglied des Kreistages des Rheinisch-Bergischen Kreises, später Fraktionsvorsitzender, und nach der letzten Kommunalwahl 1989 zum Landrat gewählt. Dazwischen gehörte der Christdemokrat eine Legislaturperiode auch dem Rat der Gemeinde Overath an. Aufgrund dieser jahrelangen kommunalpolitischen Erfahrungen drängte es Rolf Hahn nach seinen Worten an den „Ort, wo die Wurzel des Übels“ für die Gemeinden liegt — den Landtag. „Hier wird über die Finanzaufweisungen entschieden.“

Und für den CDU-Kommunalpolitiker steht fest, daß die ländlichen Regionen durch die sozialdemokratische Landesregierung vernachlässigt werden. So habe Ministerpräsident Johannes Rau in Bergkamen erklärt, die Kohlereviere sollten wissen, „daß sie Mittel bekommen, die Solidarbeiträge anderer Regionen sind“. Auch das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz und die Abwasserregelungen gingen nach seiner Einschätzung zu Lasten der Landgemeinden. „Und die Hilfen des Landes für die Landwirtschaft sind gleich Null.“ So ist das Mitglied des Landtagsausschusses für Kommunalpolitik auch Anwalt insbesondere der ländlichen Gemeinden.

Im Rechtsausschuß engagierte sich Rolf Hahn für eine bessere Personalausstattung von Polizei und Justiz und sorgt sich um die innere Sicherheit. Denn bei zunehmendem Mangel an Polizeibeamten werde das Risiko für Straftäter geringer und wachse demzufolge auch die Kriminalität. Bei der Drogenbekämpfung sieht er eines der Probleme in der mangelnden Kommunikation zwischen den Jugendlichen. „Wenn sie isoliert leben, sind sie für

Drogen anfälliger.“ So hätten insbesondere die Sportvereine eine neue wichtige Aufgabe, Jugendliche für die Mitarbeit zu gewinnen. Eher als andere Vereine könnten sie die Jugendlichen ansprechen und sie auch „von der Straße holen“. Der CDU-Abgeordnete ist selbst seit zehn Jahren Vorsitzender des Heiligenhauser Sportvereins und war bis zum 23. Lebensjahr aktiver Fußballer bei Preußen Dellbrück.

Nach fast zweijähriger Landtagszugehörigkeit äußert sich der Parlamentarier kritisch über den Verlauf der Plenarsitzungen. Für die Besucher seien sie oft unattraktiv, „weil sie nach einem Ritual ohne Spannungen ablaufen“. Das beginne schon bei den starren Redezeiten, die die großen Parteien teilweise benachteiligten. So gebe es beispielsweise mit dem sogenannten Acht-Minuten-Block die gleiche Redezeit für alle vier Fraktionen. Im Interesse der Abgeordneten der beiden großen Fraktionen hält der Christdemokrat die Geschäftsordnung für dringend reformbedürftig. Kritik übt Rolf Hahn in diesem Zusammenhang auch an seiner eigenen Fraktion, in der nach seiner Einschätzung Sachverstand und Talent von Abgeordneten „nicht voll ausgeschöpft“ würden. Der Fraktionsvorstand müsse diese Kollegen mehr in die Verantwortung nehmen.

Mit Blick auf das künftige „Europa der Regionen“ fragt der Christdemokrat, ob alle gegenwärtig installierten Verwaltungsebenen fortbestehen müßten. So hält er angesichts der vorgesehenen Zusammenarbeit der Regionen die Abschaffung von Mittelbehörden, wie die Regierungspräsidenten und Bezirksplanungsräte, für sinnvoll.

An den Wochenenden schnürt der Overather des öfteren noch die Fußballschuhe oder aber verfolgt auf dem Sportplatz die Aktionen seiner drei Söhne — auch sie sind aktive Fußballer. Die Familie ist es auch, die für den Christdemokraten der ruhende Pol ist. Jochen Jurettko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

## Zur Person

### Geburtstagsliste

vom 10. bis 30. Juni 1992

- 10. 6. **Reinhold Trinius** (SPD), 58 J.
- 13. 6. **Manfred Bruckschen** (SPD), 54 J.
- 17. 6. **Rudolf Apostel** (SPD), 60 J.
- 21. 6. **Dr. Helmut Linssen** (CDU), 50 J.
- 24. 6. **Hermann Heinemann** (SPD), 64 J.
- 24. 6. **Heinz Hilgers** (SPD), 44 J.
- 29. 6. **Dr. Rolf Hahn** (CDU), 55 J.
- 30. 6. **Gunther Sieg** (SPD), 56 J.

★  
**Werner Kuhlmann**, ehemaliger SPD-Landtagsabgeordneter, ist im Alter von 71 Jahren in Gelsenkirchen gestorben. Landtagspräsidentin **Ingeborg Friebe** schreibt in einem Nachruf: „Werner Kuhlmann gehörte dem Landtag von 1962 bis 1980 an und war in dieser Zeit fünf Jahre stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Zeitweilig amtierte er auch als Vorsitzender der Verbandsversammlung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet (KVR). Werner Kuhlmann war einer der prominentesten Politiker des Ruhrgebietes, dem die Kommunalpolitik und die innere Sicherheit besonders am Herzen lagen. Als Chef der Gewerkschaft der Polizei von 1958 bis 1975 machte er sich einen Namen gegen die Militarisierung der Polizei in Nordrhein-Westfalen. Als langjähriger Oberbürgermeister seiner Heimatstadt Gelsenkirchen setzte er sich im Landtag besonders für die Belange der Bürgerinnen und Bürger des Ruhrgebietes ein. Sein ausgeprägtes politisches Profil hinderte ihn nicht, Freundschaften über die Parteigrenzen hinweg zu schließen. Werner Kuhlmann konnte auf ein erfülltes Politikerleben zurückblicken. Der Landtag wird ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.“

★  
**Professor Dr. Friedhelm Farthmann**, SPD-Fraktionsvorsitzender im nordrhein-westfälischen Landtag, ist aus dem thüringischen Landesvorstand seiner Partei ausgeschieden. Farthmann war bei den Landtagswahlen 1990 in Thüringen Spitzenkandidat. Nach der Wahlniederlage zog er sich aus der thüringischen Landespolitik zurück.

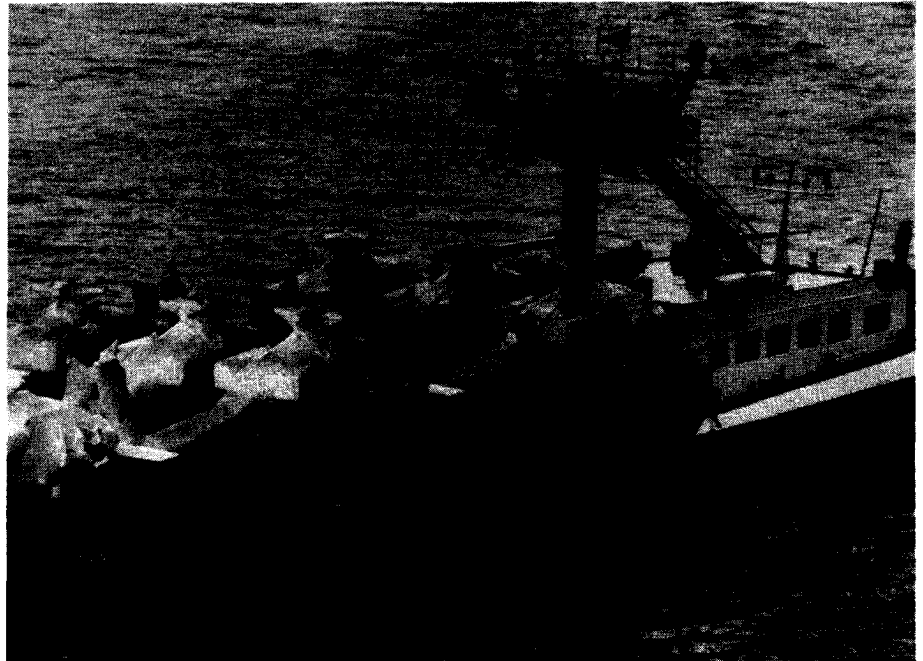
★  
**Johannes Rau** (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, ist Hauptredner während der Abschlußkundgebung des ersten Lippischen Kirchentages vom 28. Juni bis 5. Juli. Die Hauptveranstaltungen sollen in Detmold stattfinden. Als Referenten werden unter anderem die brandenburgische Sozialministerin **Regine Hildebrandt** (Potsdam) und der katholische Theologe **Eugen Drewermann** (Paderborn) erwartet.

★  
**Hermann-Josef Arentz**, CDU-Landtagsabgeordneter aus Köln, ist zum neuen Vorsitzenden der Konferenz der sozialpolitischen Sprecher von CDU- und CSU-Landtagsfraktionen gewählt worden.

★  
**Dr. Bernd Seite**, Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, ist zum Präsidenten des Bundesrats gewählt worden. Seine Amtszeit dauert bis zum Ende des laufenden Geschäftsjahres am 31. Oktober.

★  
**Beate Scheffler** (DIE GRÜNEN), Landtagsabgeordnete aus Bochum, ist neuerdings erste Vorsitzende des zweitgrößten Bochu-

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



**Der Rhein** ist die wichtigste Binnenwasserstraße Europas. 1965 bereits wurden über 176 000 Passagen von Schiffen an der Grenzstelle Emmerich verzeichnet, heute sind es rund 200 000 im Jahr. Der Gesamtumschlag der Häfen des deutschen Teils des Rheinstromgebietes beläuft sich ebenfalls auf eine sechsstellige Millionenzahl jährlich. Der Verkehr auf dem Rhein wird nur noch vom Binnenverkehr im amerikanischen Seengebiet übertroffen. Stromauf und stromab schippern täglich Kapitäne der großen Reedereien, aber auch Partikuliere, die nicht über eigene Frachtzuführungsorganisationen an Land verfügen. Containerschiffe, Tanker, Lastkähne, ja selbst Küstenmotorschiffe transportieren Massengüter und Stückgut aller Art. Manchmal zieht an den Fenstern der dem Strom zugewandten Seite des nordrhein-westfälischen Landtags auch ein dreistöckiger Schiffsriese voll mit neuen Autos Richtung Rotterdam vorbei oder ein moderner Pott, wie die „Vera“ auf unserem Bild, mit einer Staffel sorgsam verhüllter Hubschrauber an Deck. Der Rhein ist breit und geduldig. In seinem Bett finden auch drei Schiffe nebeneinander Platz. Weiter oberhalb von Düsseldorf, Köln und Bonn, da wo die Rebenhänge an die Ufer heranrücken, halten die Touristen auf den Hotel- und Ausflugsschiffen dann dem Vater unter den Strömen lauthals die alte Frage entgegen: Warum ist es am Rhein so schön?  
 Foto: Schüller

## Herbe Niederlage

*Wenig nur lief zusammen beim FCL im Match gegen die Altherren-Mannschaft des SV Blau-Weiß Lipperbruch. Die Folge: eine herbe 1:4 Niederlage.*

Eingehüllt in die dicken Staubwolken des Aschenplatzes, die den Abgeordneten den Wunsch der Lipperbrucher nach einem gepflegten Rasenplatz verständlich machten, bemühte sich der FCL zwar, brachte

jedoch so gut wie nichts zustande. Wie ein Hühnerhaufen liefen die Kicker durcheinander, Fehlpässe unterbrachen immer wieder den Spielaufbau, größtes Manko aber war, daß der Biß, der Willen, fehlte, das Spiel trotz allem noch umzubiegen. Gerade das aber hatte den FCL in den vorangegangenen Begegnungen noch ausgezeichnet. Die Lipperbrucher dagegen pflegten ein überlegtes, effektives Mannschaftsspiel. Sie ließen Ball und Gegner laufen und kamen beinahe zwangsläufig zu ihren Toren. Bei den ersten beiden Treffern wurde Torhüter Kuhl durch Heber überlistet. Auch die Treffer 3 und 4 vermochte er trotz seiner geschmeidigen Abwehrreaktionen nicht zu verhindern. Seinen Ehrentreffer erzielte der FCL erst wenige Minuten vor dem Schlußpfiff durch Schmidt, der einen Freistoß aus 18 Metern über die Mauer und unter die Latte zirkelte. Nach Würstchen und Erbsensuppe ging's dann geschlagen zurück zum Sitz des Landesparlaments.